



# **STADT VREDEN**

**Begründung mit  
Umweltbericht**

**6. Änderung des  
Flächennutzungsplans  
2030  
im Bereich der Ringstraße /  
Winterswyker Straße /  
Venndiek**

**Stand:  
Feststellungsbeschluss**

## **Inhalt**

### **TEIL A: PLANUNGSRECHTLICHE ERLÄUTERUNGEN**

- 1.0 Lage und Abgrenzung des Plangebietes**
- 2.0 Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung**
- 3.0 Einordnung des Planes in die übergeordnete Planung**
- 4.0 Inhalte der Flächennutzungsplanänderung**
- 5.0 Erschließung und Infrastruktur**
- 6.0 Umweltauswirkungen**
  - 6.1 Umweltprüfung
  - 6.2 Artenschutz
  - 6.3 Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung
  - 6.4 Klimaschutz
  - 6.5 Immissionsschutz
  - 6.6 Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen
- 7.0 Sonstige Auswirkungen der Planung**
  - 7.1 Umwege
  - 7.2 Altlasten und Kampfmittel
  - 7.3 Denkmalpflegerische Belange
- 8.0 Umsetzung der Planung**

## **TEIL B: UMWELTBERICHT**

### **1.0 Einleitung**

- 1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans
- 1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und ihrer Berücksichtigung

### **2.0 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

- 2.1 Schutzgut Mensch
  - 2.2 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
  - 2.3 Schutzgüter Fläche
  - 2.4 Schutzgut Boden
  - 2.5 Schutzgut Wasser
  - 2.6 Schutzgüter Luft und Klima
  - 2.7 Schutzgut Landschaft
  - 2.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter
  - 2.9 Wechselwirkungen hinsichtlich der Schutzgüter
  - 2.10 Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung
  - 2.11 Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt durch Unfälle oder Katastrophen
  - 2.12 Eingesetzte Stoffe und Techniken
  - 2.13 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete
  - 2.14 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung
  - 2.15 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Auswirkungen
  - 2.16 Alternative Planungsmöglichkeiten
- ### **3.0 Zusätzliche Angaben**
- 3.1 Beschreibung der verwendeten Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben
  - 3.2 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt
  - 3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung
  - 3.4 Quellen

## **Anlagen**

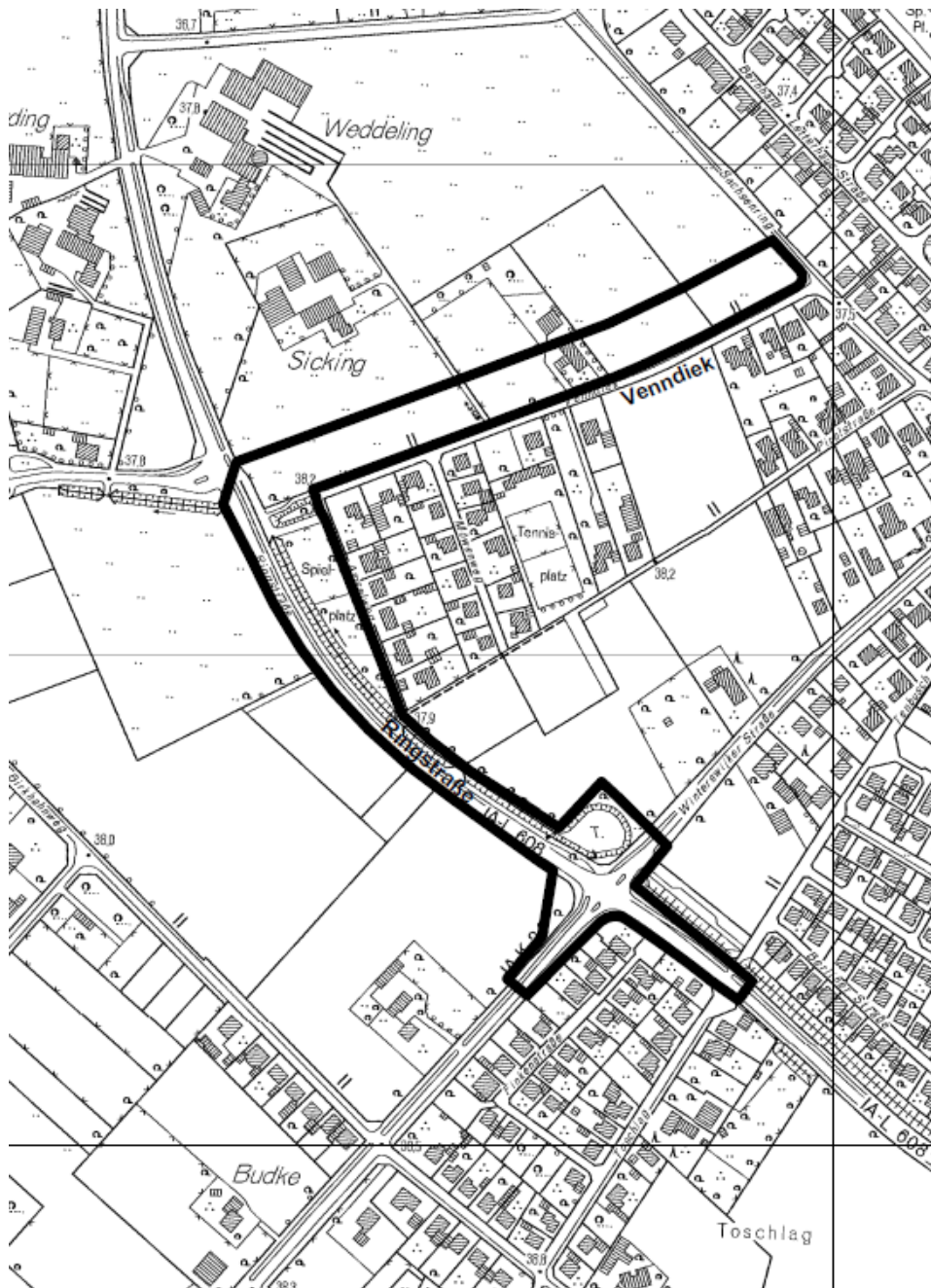
- 1. Artenschutzgutachten vom 24.03.2020, mit Änderung vom 21.10.2020, wwK
- 2. Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“ (Bericht Nr. 3235.1/01 vom 02.06.2020), Wenker & Gesing
- 3. Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ (Bericht Nr. 3890.1/01E vom 30.06.2020), Wenker & Gesing
- 4. Geruchsgutachten zum Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“ (Bericht G-4996-01 vom 24.08.2020), Richters & Hüls

## TEIL A: PLANUNGSRECHTLICHE ERLÄUTERUNGEN

### **1.0 Lage und Abgrenzung des Plangebietes**

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung liegt an der Ringstraße und dem Venndiek. Der Änderungsbereich ist im nachfolgenden Übersichtsplan dargestellt und umfasst die Grundstücke Gemarkung Vreden

- Flur 118: Flurstücke Nr. 3 (tlw.), 4 (tlw.), 5, 6 (tlw.), 8, 117, 118, 120, 121, 159 (tlw.), 160, 161, 163, 165, 166 (tlw.), 171 (tlw.), 174 (tlw.)
- Flur 119: Flurstücke Nr. 82 (tlw.), 157, 166 (tlw.), 341, 401, 402 (tlw.), 403 und 483 (tlw.)
- Flur 130: Flurstück 246 (tlw.).



(Abbildung 1: Geltungsbereich Flächennutzungsplanänderung)

## 2.0 Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung

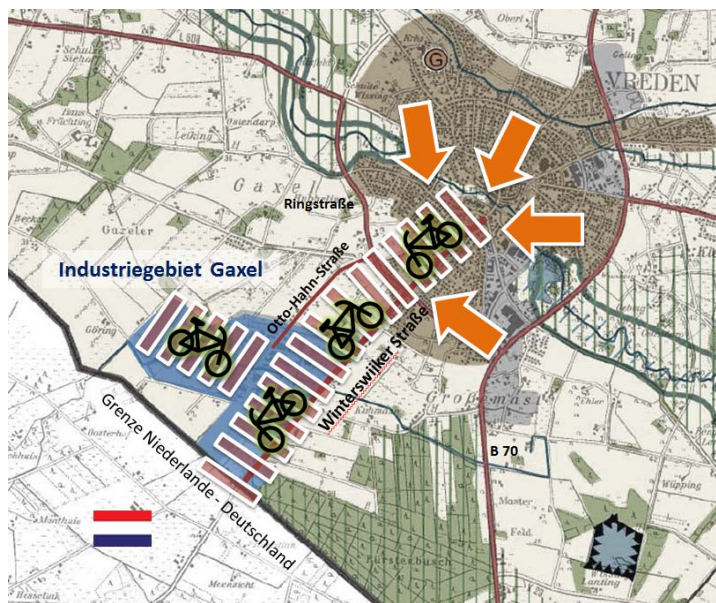
Für die Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ und Nr. 103 „Pirolstraße“ ist diese Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Vreden erforderlich.

Ziel der Planung ist im Wesentlichen die Darstellung von Verkehrsflächen (Ringstraße, Winterswyker Straße), einer Fläche für die Regenwasserentsorgung am Amselweg und von Wohnbauflächen nördlich des Venndieks, sowie Maßnahmen zum Immissionsschutz entlang der Ringstraße und Winterswyker Straße.

### Bebauungsplan Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“

Die Stadt Vreden hat sich mit dem Projekt Gaxelino (innovative Nahmobilitätsinitiative für das Industriegebiet Gaxel) erfolgreich beim Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ beworben.

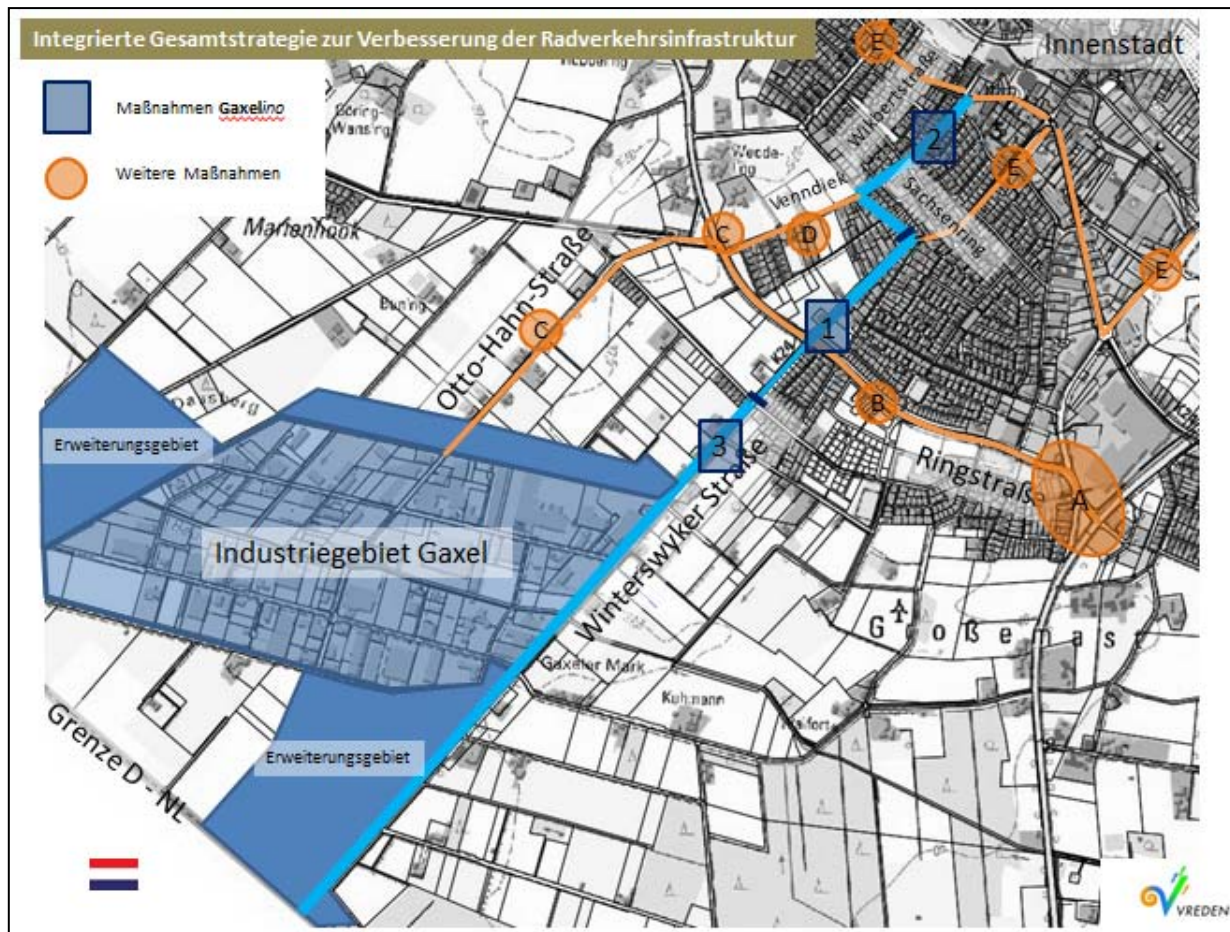
Durch Gaxelino soll die Radverkehrsanbindung des Industriegebiets Gaxel (= Arbeitsstätte) mit Blick auf die Wohnsiedlungsbereiche (= Wohnstätte) verbessert werden.



(Abbildung 2: Projektgebiet Gaxelino)

Die nachfolgende Abbildung fasst die geplanten Maßnahmen des Projekts Gaxelino zusammen:





Integrierte Gesamtstrategie zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur	
Maßnahmen <u>Gaxelino</u>	Weitere Maßnahmen
<b>1 Knotenpunkt <u>Winterswyker Straße / Ringstraße</u> mit Verbesserung Radverkehrsanbindung stadteinwärts</b> Knotenpunkt <u>Winterswyker Straße/Ringstraße</u> mit Radfahrunterführung inkl. Anbindung stadteinwärts durch separaten Zweirichtungsradweg entlang <u>Winterswyker Straße</u> bis Sachsenring sowie Realisierung „sichere Querung“ Höhe Einmündung Sachsenring	<b>A</b> Umbau Knotenpunkte <u>Heckebrée</u> und <u>Südlohner Diek</u>
<b>2 Ausweisung von Fahrradstraßen</b> Beschilderung und Markierung der Verbindung über die <u>Wikbertstraße</u> , den <u>Kardinal-von-Galen-Platz</u> , die <u>Graf-von-Moltke-Straße</u> und den <u>Sachsenring</u> auf die <u>Winterswyker Straße</u> . Dabei Verbesserung der Netzdurchlässigkeit zwischen <u>Sachsenring</u> und <u>Graf-von-Moltke-Straße</u> z.B. durch Abbau der Umlaufschranken, bessere Belichtung und bauliche Maßnahmen zur Radverkehrlenkung	<b>B</b> Umbau Knotenpunkt <u>Eichenstraße / Ringstraße</u> und Radverbindungen Neubauegebiet <u>Fasanenweg / Klosterhook</u>
<b>3 Anbindung Radfahrunterführung an Industriegebiet und die Niederlande</b> Verbreiterung Fahrradweg <u>Winterswyker Straße</u> südlich der <u>Ringstraße</u> (Lückenschluss zwischen <u>Birkhahnweg</u> und <u>Grenzübergang</u> ) und Radwegebeleuchtung	<b>C</b> Umbau Knotenpunkt <u>Ringstraße / Otto-Hahn-Straße</u> und Radweg <u>Otto-Hahn-Straße</u>
	<b>D</b> Ausweisung <u>Vennstieg</u> als Fahrradstraße / Fahrradfreundliches Neubauegebiet <u>Pirolstraße</u>
	<b>E</b> Erarbeitung Radwegekonzept innerer Ring und Ausfallstraßen
<b>Öffentlichkeitsarbeit „Gaxelino“</b>	Teilnahme Stadt Vreden beim Wettbewerb „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“
<b>Klimaschutzziel: Erhöhung des Radverkehrsanteils um 10 Prozentpunkte</b>	

(Abbildung 3: Maßnahmen Gaxelino)

Für die bauliche Maßnahme zur Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße sollen durch die Aufstellung eines einfachen Bebauungsplans die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Bauleitplanung umfasst auch die Verlegung des Regenrückhaltebeckens, welches sich derzeit im Bereich der geplanten Radwegeunterführung befindet.

#### Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“

Im städtebaulich räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 119 steht die Planung für das Neubaugebiet „Pirolstraße“. Das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg dient auch diesem Projekt.



(Abbildung 4: Städtebaulicher Entwurf Neubaugebiet Pirolstraße)

Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Die o. g. Planungen widersprechen zum Teil dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Vreden. Daher wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Es ist insbesondere die Verkehrsfläche anzupassen sowie der neue Standort für das Regenrückhaltebecken darzustellen. Außerdem sind die vorgesehenen Lärmschutzvorkehrungen auf Flächennutzungsplänebene zu berücksichtigen. Bezüglich des Neubaugebiets Pirolstraße besteht für die Bauzeile nördlich des Venndieks noch keine Darstellung als Wohnbaufläche im gültigen Flächennutzungsplan.

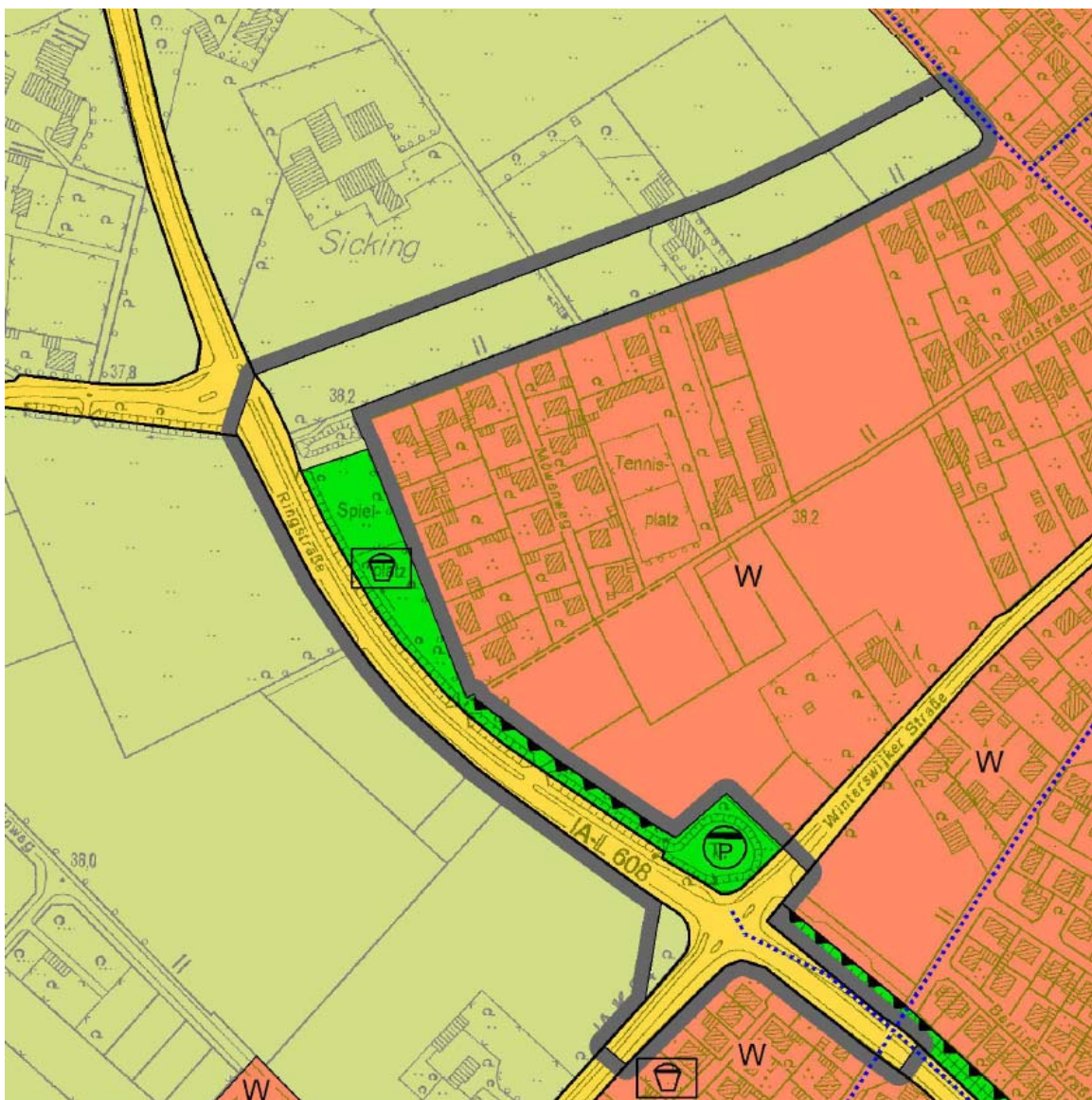


### 3.0 Einordnung des Planes in die übergeordnete Planung

Das Änderungsgebiet ist - mit Ausnahme der Fläche nördlich des Venndieks - im Regionalplan Münsterland als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellt, die Ringstraße als Straße für den großräumigen Verkehr. Daher wird angenommen, dass die Infrastrukturplanung landesplanerischen Zielen und Grundsätzen nicht widerspricht.

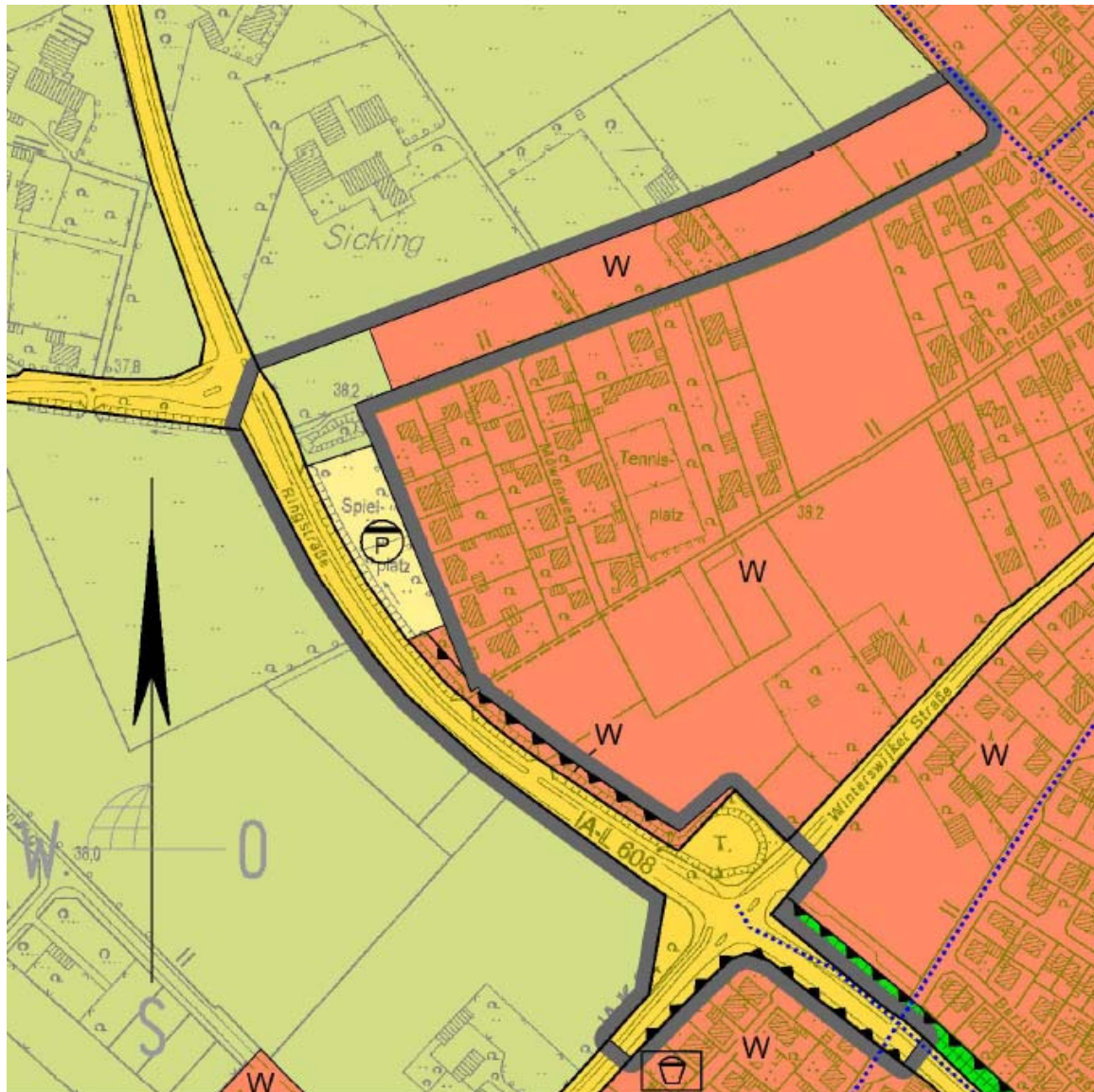
Für den Bereich nördlich des Venndieks liegt eine positive landesplanerische Stellungnahme nach § 34 LPlG vor. Mit Schreiben vom 20.04.2018 hat die Bezirksregierung Münster mitgeteilt, dass gegen die Erweiterung der Wohnbauflächen aus Sicht der Raumordnung keine Bedenken erhoben werden.

### 4.0 Inhalte der Flächennutzungsplanänderung



(Abbildung 5: gültiger Flächennutzungsplan)





(Abbildung 6: Entwurf Änderung Flächennutzungsplan)

Für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 „Pirolstraße“ ist es erforderlich, nördlich des Venndieks einen Teilbereich der bisherigen Darstellung „Flächen für die Landwirtschaft“ in eine „Wohnbaufläche“ zu ändern. Städtebaulich ist es sinnvoll, den Venndiek beidseitig zu bebauen und die vorhandene Infrastruktur effektiv zu nutzen. Daher soll eine einreihige Bauzeile nördlich des Venndieks realisiert werden.

Für das neue Wohngebiet an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen. Im Flächennutzungsplan besteht bereits eine linienhafte symbolhafte Darstellung für „Vorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen“, die eine Grünfläche überlagert. Bezugnehmend auf die vorliegenden gutachterlichen Ergebnisse wird diese linienhafte Darstellung verlängert, anstelle einer Grünfläche wird darunter eine Wohnbaufläche dargestellt.

Das geplante Regenrückhaltebecken am Amselweg ist so groß dimensioniert, dass es auch dem neuen Wohngebiet „Pirolstraße“ dient. Außerdem ist die Verlegung des Regenrückhaltebeckens, welches auch einen Zulauf aus dem Wohngebiet Tenbusch/Berliner Straße hat, zwingende Voraussetzung zur Realisierung der Radfahrunterführung. Die bisherige Darstellung im Flächennutzungsplan „Grünfläche mit

der Zweckbestimmung „Spielplatz“ wird in „Fläche für Versorgungs- und Entsorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Abwasser“ geändert.

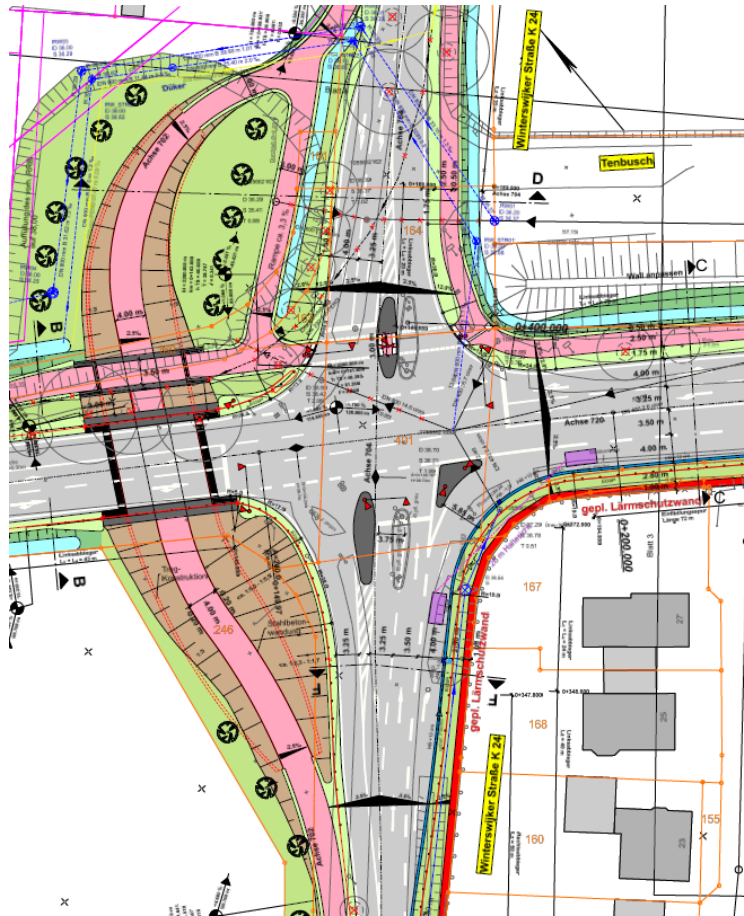
Grundsätzlich ist eine Einbeziehung der keilförmigen Grünfläche zwischen Amselweg und Ringstraße in das Entwässerungskonzept hydraulisch möglich. Ein weiteres Argument für diesen RRB-Standort ist die Flächenverfügbarkeit, da sich das Grundstück im städtischen Eigentum befindet.

Außerdem ist für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 119 die bestehende Darstellung hinsichtlich des Straßenverkehrs „Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen“ an die vorliegende Verkehrsplanung anzupassen. Eine Vergrößerung der Verkehrsfläche ist erforderlich.

An der Kreuzung Ringstraße / Winterswyker Straße regelt eine Lichtsignalanlage den Verkehr. Das Verkehrsaufkommen in den Spitzenstunden am Morgen und am Nachmittag ist hier besonders hoch, da es eine von nur zwei Zuwegungen zum Industriegebiet ist. Die Verkehrsbelastung in Verbindung mit beengten Platzverhältnissen führt zu Verkehrskonflikten. Bereits im Nahmobilitätskonzept von 2015 ist eine Unterführung für den Radverkehr im Zuge der Hauptverbindungsachse Winterswyker Straße am Knotenpunkt mit der Ringstraße vorgeschlagen worden.

Diese Planungs idee ist im Rahmen des Förderprojekts Gaxelino durch die nts Ingenieurgesellschaft mbH (Münster) weiter ausgearbeitet worden. Ziel ist das komfortable und sichere Queren der Ringstraße. Die Ringstraße soll um ca. 80 cm angehoben werden, das Ursprungsgelände für die Unterführung um 2 m abgesenkt werden. Durch die weiten Böschungsbereiche und die großzügig bemessene lichte Höhe wirkt die Unterführung lichtdurchflutet und wird nicht als dunkler Angstrum wahrgenommen werden. Die Steigung von nur rund 4% ermöglicht ein komfortables Radfahren. Diese Lösung bringt einige Vorteile gegenüber der Ist-Situation. Mit einer Unterführung kommt es zur Trennung des Radverkehrs vom motorisierten Verkehr und sorgt somit für eine erhöhte Verkehrssicherheit. Die Gefahr von schweren Unfällen mit Radfahrern bei Abbiegevorgängen oder menschlichem Fehlverhalten ist nicht mehr vorhanden. Gerade durch das starke Aufkommen von Lastkraftwagen, die ein erhöhtes Gefahrenpotenzial für Radfahrer darstellen (Stichwort „toter Winkel“), ist ein Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung vorhanden. Die neue Geometrie des Knotenpunktes und die geänderte Radverkehrsführung machen eine Neuerrichtung der Straßenbeleuchtung erforderlich. Durch eine entsprechende LED-Beleuchtung wird dafür gesorgt, dass die Unterführung kein Dunkelraum /Angstrum wird. Dies führt zu einer Akzeptanzsteigerung des Tunnels auch in dunklen Tages- bzw. Jahreszeiten.

Ein Nebeneffekt der Verbesserungen zugunsten des Radverkehrs ist der damit einhergehende verbesserte Verkehrsfluss für die motorisierten Fahrzeuge. Durch die Separierung des Radverkehrs in Form der Unterführung stehen zusätzliche Flächen für weitere Abbiegespuren im Kreuzungsbereich zur Verfügung. Der ausgewählte Entwurf für die Optimierung des oberirdischen Kreuzungsbereichs geht von einer freilaufenden Rechtsabbiegespur mit Einfädelspur von der Winterswyker Straße auf die Ringstraße und einer umlaufenden geschlossenen Lärmschutzwand aus (vgl. nachfolgende Abbildung).



(Abbildung 7: Entwurf Knotenpunkt Winterswijker Straße / Ringstraße, Büro nts)

Durch die geplante Anhebung des Knotenpunktes um ca. 80 cm zur Realisierung der Unterführung handelt es sich um eine wesentliche Änderung im Sinne der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV), sodass bei den Planungen der Schallschutz zu untersuchen ist. Es soll eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand (Höhe 2,50 m bis 4 m, bezogen auf das bestehende Geländeniveau) entlang der Grundstücke Finkenstraße 19, 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) errichtet werden. Hieran schließt dann direkt die vorhandene private Lärmschutzwand auf dem Grundstück Toschlag 1 an. Durch die vorgeschlagene Lärmschutzwand wird der Schutz der Erdgeschosse sichergestellt. In den übrigen Geschossen ist im Bebauungsplanverfahren grundstücksbezogen die Erforderlichkeit passiver Lärmschutzmaßnahmen, beispielsweise in Form geeigneter Fenster, zu prüfen.

Vor diesem Hintergrund erfolgt im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung eine linienhafte symbolhafte Darstellung für „Vorkehrungen gegen schädliche Umwelteinwirkungen“ innerhalb der Verkehrsfläche.



## **5.0 Erschließung und Infrastruktur**

Das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 103 kann von der Winterswyker Straße sowie dem Sachsenring/Venndiek erschlossen werden. Der Standort des neuen Regenrückhaltebeckens kann über den Amselweg angefahren werden. Bei den übrigen Flächen dieser Flächennutzungsplanänderung handelt es sich um Verkehrsflächen und Flächen für Lärmschutzanlagen.

Hinsichtlich der Schmutz- und Regenwasserentsorgung wird in Teilbereichen von einem Anschluss an das bestehende Mischwassersystem ausgegangen. In den übrigen Bereichen ist ein Trennsystem mit Anschluss der Regenwasserkanäle an das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg vorgesehen. Auf Ebene der Bebauungspläne erfolgt eine abschließende Erarbeitung eines Abwasserentsorgungskonzepts.

## **6.0 Umweltauswirkungen**

### **6.1 Umweltprüfung**

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist in der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen. Im Umweltbericht nach § 2a BauGB sind die auf Grund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil B dieser Begründung.

Im Ergebnis macht der vorliegende Umweltbericht deutlich, dass im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung zwar die Grundlagen für die konkrete Bauleitplanung, aber keine realen baulichen Veränderungen vor Ort geschaffen werden. Dies geschieht erst durch die Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung.

### **6.2 Artenschutz**

Für die Bebauungsplanebene wurde bereits für die Berücksichtigung der Artenschutzbelange zusammen für das neue Baugebiet Pírolstraße (Bebauungsplan Nr. 103) eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt (vgl. Anlage 1). Für die Flächennutzungsplanänderung sind keine artenschutzrechtlichen Restriktionen erkennbar, die eine Umsetzung der Planung in Frage stellen. Unter Einhaltung der im Gutachten definierten Vermeidungs- Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind derzeit keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erkennbar.

### 6.3 Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung

Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und die Ausweitung der Verkehrsflächen zieht Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

Bei der Winterswykerstraße (K 24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee, die laut Alleenkataster NRW auf Höhe des Grundstücks Finkenstraße 21 beginnt. Der eigentliche Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße ist nicht Bestandteil des Alleenkatasters. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i.V.m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist auszugehen.

### 6.4 Klimaschutz

Das Plangebiet ist dem gemäßigt maritimen Klima des Euatlantikums zuzurechnen. Es gehört damit zum nordwestdeutschen humiden Klimabereich mit meist feuchten, kühlen Sommern und milden, regenreichen Wintern. Die mittlere jährliche Temperatur liegt laut Klimaatlas NRW des LANUV bei 10 - 11 °C und weist eine Jahresniederschlagssumme von 700 bis 800 mm auf. Die Hauptwindrichtung ist Südwest.

Durch die mit der Planung verbundene Zunahme der Versiegelung durch zusätzliche Verkehrs- und Wohnbauflächen kommt es zu Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima/Luft. Insgesamt nimmt der Grad der Flächenversiegelung zu. Durch die Bebauung und Flächenversiegelung sind lokalklimatisch betrachtet Aufwärmeeffekte aufgrund der zunehmenden Bebauungsdichte wahrscheinlich.

Im Bereich des Siedlungsklimas am Stadtrand kommt es zu keiner wesentlichen Veränderung des dort herrschenden typischen Mikroklimas. Der Gang der Klimaelemente Lufttemperatur, Feuchte, Windgeschwindigkeit etc. wird aufgrund der geografischen Lage des Plangebiets zu besiedelten Bereichen hier nur schwach modifiziert. Da Vreden noch immer von großen, zusammenhängenden Kaltluftentstehungsgebieten umgeben ist, ist mit einer planbedingten, negativen Veränderung des städtischen Klimas nicht zu rechnen.

Grundsätzlich verfolgt das Projekt Gaxelino im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ das Ziel der Treibhausminderung. Unabhängig von der allgemeinen Verkehrszunahme soll durch die attraktive Radwegeverbindung zum IG Gaxel und dem damit erwünschten Umstieg vom Pkw auf das Fahrrad CO<sub>2</sub> eingespart werden.

### 6.5 Immissionsschutz

#### Geruch

In einem Umkreis von 600 m um das Plangebiet befinden sich verschiedene landwirtschaftliche Hofstellen mit Tierhaltung. Daher wurde für den Bebauungsplan Nr. 103 ein Geruchsgutachten durch das Ingenieurbüro Richters & Hüls erstellt, welches als Anlage beigefügt ist. Die Darstellung der Berechnungsergebnisse erfolgt in Form von Flächenkennwerten. Es zeigt sich, dass die Emissionsdaten der berücksichtigten Hofstellen in der Bestandssituation im Plangebiet zu belästigungsrelevanten Kenngrößen von 3% bis 8% an der geplanten Wohnbebauung beitragen.

Für Wohngebiete gibt die Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) einen Wert bis zu 10 % (0,10) der Jahresstunden für die Überschreitung der Geruchsschwelle von 1 GE/m<sup>3</sup> an. Vereinzelt können bei Wohngebieten in dörflicher Lage und in unmittelbarer Nähe zum angrenzenden Außenbereich entsprechend des OVG Münster (10 B 1176/16.NE) auch Geruchsimmissionen von bis zu 0,15 als zumutbar angesehen werden.

Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die neuen Wohnbauflächen mögliche Erweiterungsabsichten der landwirtschaftlichen Betriebe einschränken, die sich bereits derzeit in der Nähe des Siedlungsrandes befinden. Wie den Berechnungsergebnissen zu entnehmen ist, werden die berücksichtigten Tierhaltungsbetriebe nicht durch das geplante Wohngebiet, sondern durch die bestehende Wohnbebauung (Bernhard-Letterhaus-Straße / Ekbertstraße / Warinusstraße) nördlich des Plangebietes eingeschränkt. Diesen Konfliktfall müssten Betriebsinhaber bei einer Erweiterung bereits heute unabhängig von der vorliegenden Bauleitplanung lösen.

#### Verkehrslärm

Für das neue Wohngebiet an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen.

Im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße ist eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) vorgesehen.

Der Verkehrslärmschutz wird in den Bebauungsplanverfahren Nr. 103 und 119 abschließend geprüft werden. Beide Schallschutzgutachten sind als Anlage beigelegt.

### **6.6 Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen**

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen soll begründet werden.

Die Untersuchung des Pestel Instituts von Mai 2019 im Auftrag der „Wohnraumoffensive Münsterland“, ein Zusammenschluss von Wohn-Bau Unternehmensgruppe, Sparkassen der Region, der Stadt Münster und der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf, zeigt auf, dass es in der Stadt Vreden im Bestand zu wenig Wohnungen gibt (Defizit von ca. 150 Wohnungen).

Speziell im Bereich „Familienfreundliche Wohnformen“ ist eine nach wie vor rege Nachfrage nach Grundstücken zu verzeichnen. Dieses hängt sicherlich insbesondere mit der überdurchschnittlich großen Anzahl von jungen Familien zusammen. Hinzu kommt die Nachfrage nach Bauland auch von Bevölkerungsgruppen, die durch die gute Wirtschaftsstruktur als Arbeitnehmer nach Vreden zuziehen. Das Interesse an baureifem Land in dem Bereich der Stadt ist groß.

Das Ziel der Verringerung des zukünftigen Flächenverbrauchs wird durch zahlreiche Einzelprojekte der Stadt Vreden verfolgt. Hier ist beispielsweise die realisierte Nachverdichtung im Bereich der Oldenkotter Straße (Hinterlandbebauung) sowie verschiedene (vorhabenbezogene) Bebauungspläne für Mehrfamilienhäuser oder die Entwicklung des Areals der ehemaligen Marienkirche genannt. Wie schwierig eine



Nachverdichtung im Bestand realisierbar ist, haben in der Vergangenheit die gescheiterten Bemühungen im Bereich Kleinemast (Hinterlandbebauung Hermann-Löns-Weg / Eichendorffstraße) oder bei der innerstädtischen Brache „Bierbaum-Gelände“ gezeigt.

Bei dem Baugebiet Pirolstraße handelt es sich zwar um eine Außenbereichsfläche, die aber gleichwohl innerhalb der Ringstraße zwischen vorhandenen Siedlungsbereichen liegt. Die Planung dient als Abrundung der Siedlungsflächen am Stadtrand. Im Laufe der Grundstücksverhandlungen wurde auf Wunsch der Eigentümer eine zusätzliche Bauzeile nördlich des Venndieks mit in die Planungsüberlegungen einbezogen. Städtebaulich ist es sinnvoll, den Venndiek beidseitig zu bebauen und die vorhandene Infrastruktur effektiv zu nutzen

## 7.0 Sonstige Auswirkungen der Planung

### 7.1 Umwege

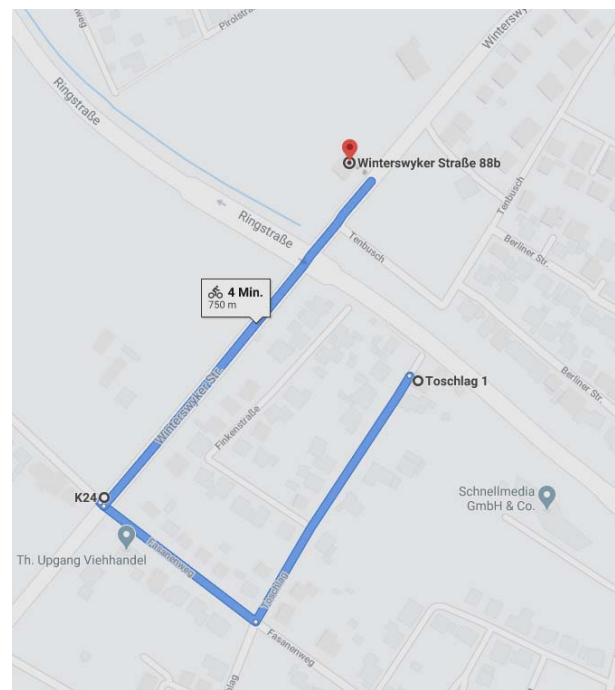
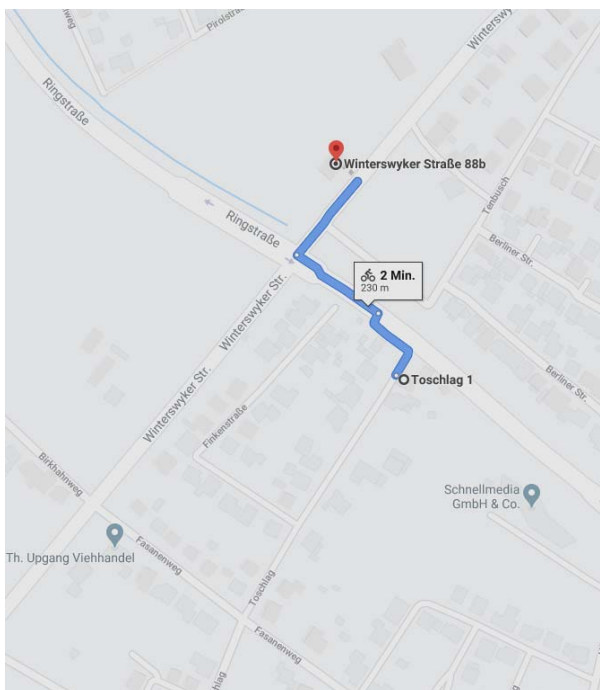
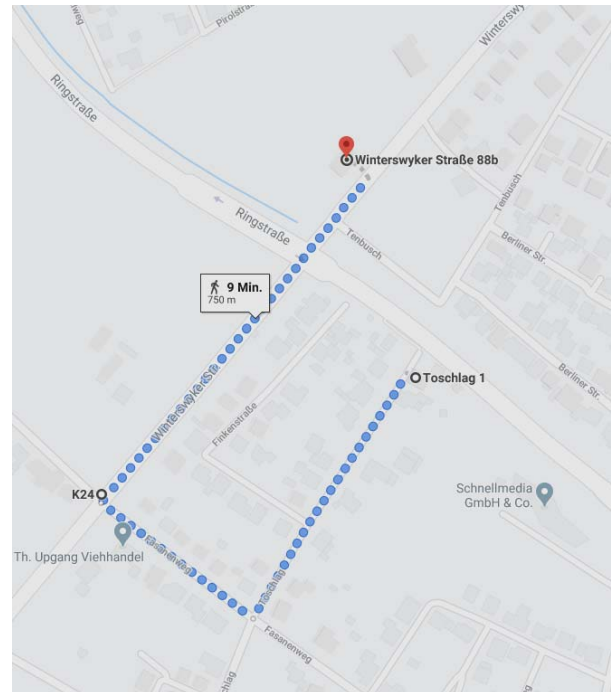
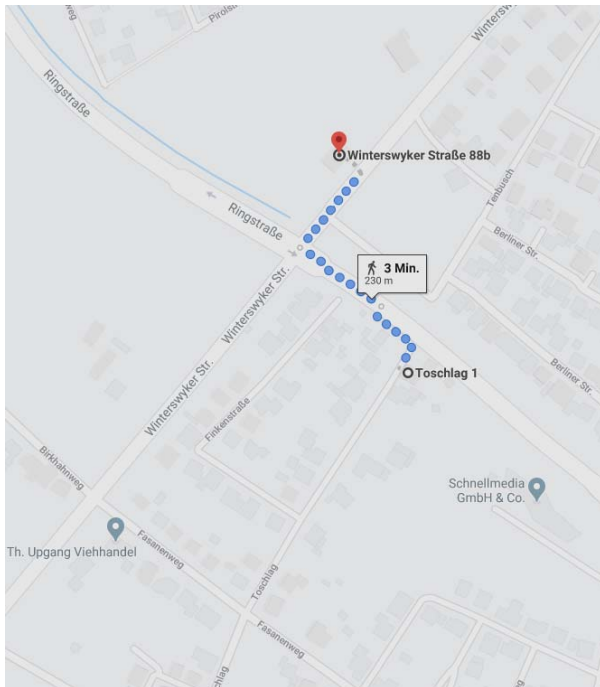
Der ausgewählte Entwurf für den Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße mit dem freilaufenden Rechtsabbieger und der Einfädelungsspur auf die Ringstraße sowie die vorgesehene Lärmschutzwand (vgl. Kapitel 5.1) bedeutet für die Anwohner Finkenstraße / Toschlag zukünftig Umwege in Richtung Innenstadt. Denn diese Lösung ist nur bei Verzicht auf eine Fußgängerquerung in diesem Bereich realisierbar. Bislang kann man von den Wendeanlagen Finkenstraße und Toschlag fuß- und radläufig direkt zur und mittels der Ampelanlage über die Kreuzung gelangen. Bei Umsetzung der Planung ist dies nicht mehr möglich. Anwohner haben in einem Bürgerantrag diese Lösung kritisiert und fordern die Beibehaltung einer sicheren und direkten Radwegeverbindung von den Wohngebieten Toschlag, Fasanenweg-Klosterhook und Eichen-/Ahornstraße zum Stadtzentrum. Die Anwohner befürchten durch die Umsetzung des Projekts Gaxelino eine Verschlechterung der Verkehrssicherheit und weitere Wege in die Innenstadt.

Mit dem Kreis Borken als zuständige Straßenbaulastträgerin der K 24 (Winterswyker Straße) wurde abgestimmt, dass auf Anregung der Öffentlichkeit an der Kreuzung Fasanenweg/ Birkhahnweg/ K 24 eine Querungshilfe mit Fußgängerbedarfsampelanlage realisiert wird. Mit Blick auf die derzeitige Verkehrsbelastung sieht der Kreis Borken zwar unter Sicherheitsaspekten derzeit keine Ampelanlage für erforderlich an. Im Vorgriff auf die zukünftige Entwicklung (z. B. hinsichtlich des Industriegebiets Gaxel) mit einer prognostizierten steigenden Verkehrsstärke auf der K 24 in den nächsten Jahren wird jedoch seitens des Kreises Borken einer Bedarfsampel zugestimmt. Voraussetzung sei jedoch, dass die Stadt Vreden die Kosten für die Bedarfsampel übernimmt.

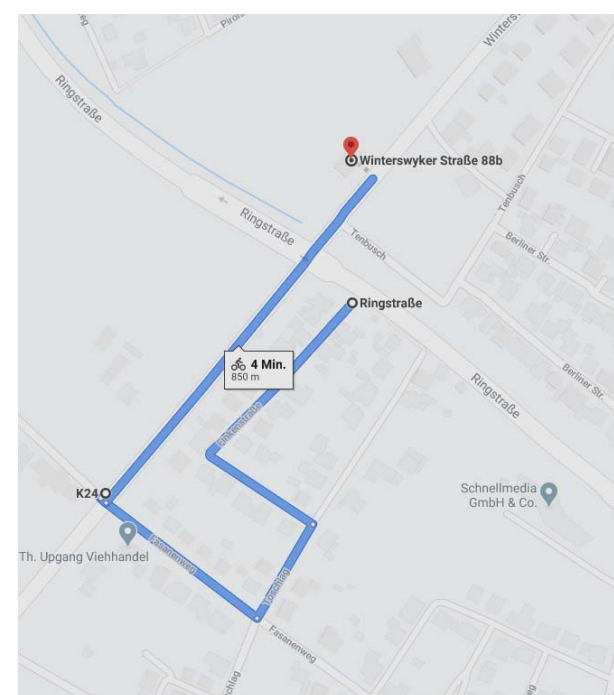
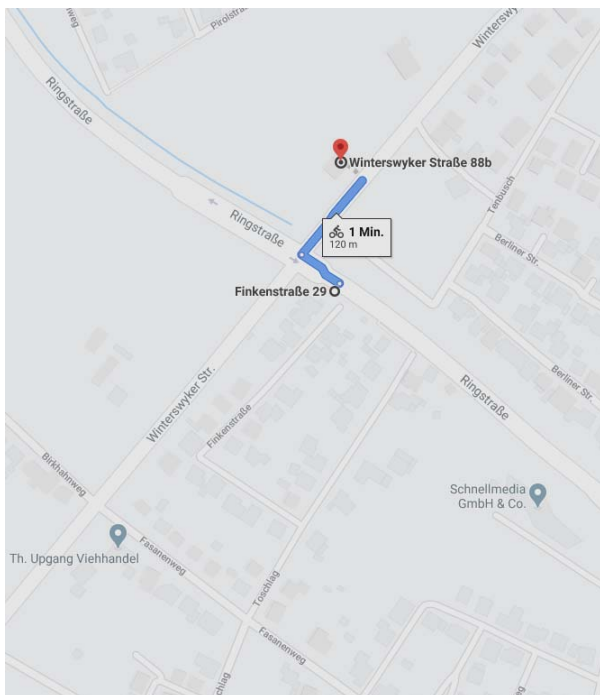
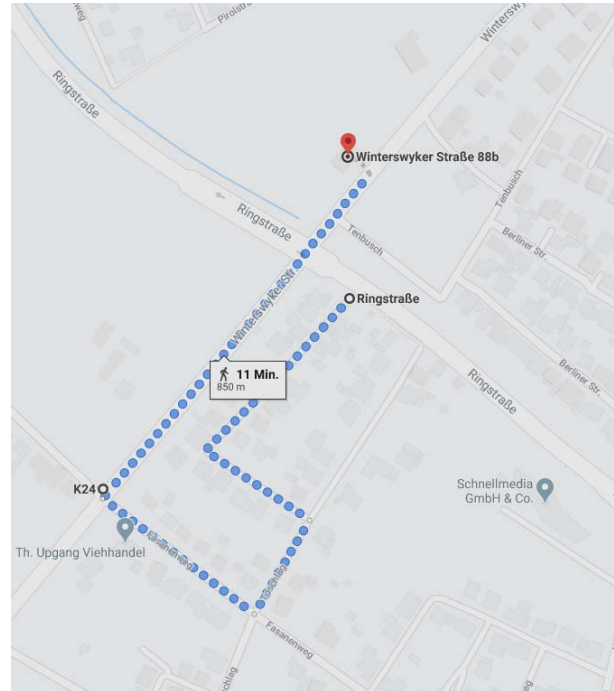
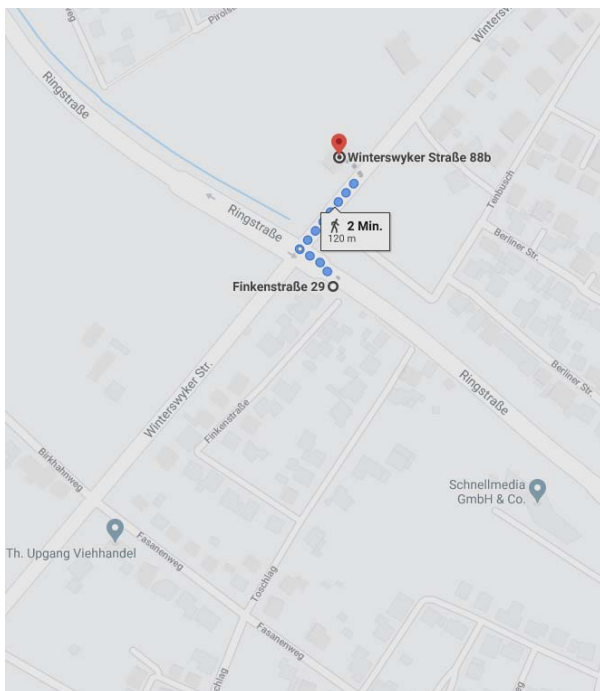
Die Lösung für diesen Knotenpunkt mit Querungshilfe mit Bedarfsampel wird weitgehend den Wünschen der Anwohner Toschlag /Finkenstraße in Punkto „sicheres Queren“ gerecht.

Außerdem wurden für den Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße verschiedene Varianten geprüft. Insgesamt kann für den Knotenpunkt festgehalten werden, dass die ausgewählte Lösung insbesondere hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Lärmschutz den anderen Prüfungsvarianten vorzuziehen ist. Es ist nicht zu verhehlen, dass die Vorzugsvariante für die Anwohner Finkenstraße / Toschlag zukünftig Umwege in Richtung Innenstadt bedeuten würde. Im Rahmen der Abwägung sind die längeren Wegstrecken aber nicht als unzumutbar zu bewerten (vgl. nachfolgende Abbildungen mit beispielhaften Wegstreckenvergleichen).

Insbesondere mit Blick auf die Wegzeiten beim Fahrrad führt die Planung nicht zu unzumutbaren Verhältnissen. Dies ist selbstverständlich eine Bewertungsfrage. Die Zumutbarkeit von Veränderungen bei gewohnten Wegstrecken ist schwerlich objektiv zu beurteilen, sondern hängt vielfach von subjektiv unterschiedlich empfundenen Einzelaspekten ab.



(Abbildung 8: beispielhafter Vergleich der Wegstrecken Fuß- und Radverkehr, Kita Winterswyker Straße 88b – Grundstück Toschlag 1, Quelle: Routenplaner google maps)



(Abbildung 9: beispielhafter Vergleich der Wegstrecken Fuß- und Radverkehr,  
Kita Winterswyker Straße 88b – Grundstück Finkenstraße 29,  
Quelle: Routenplaner google maps)

Das nachfolgende Luftbild zeigt die bestehenden und zukünftigen Möglichkeiten zur Querung der Ringstraße und der Winterswyker Straße. Es stehen somit ausreichend sichere Querungsmöglichkeiten zu einer Vielzahl von Zielen in der Innenstadt zur Verfügung.





(Abbildung 10: Möglichkeiten für sicheres Queren der Hauptstraßen)

## 7.2 Altlasten und Kampfmittel

Altlasten bzw. entsprechende Altlastenverdachtsflächen sind im Plangebiet nicht bekannt und werden hier aufgrund der bisherigen Flächennutzung als Ackerfläche, RRB, Grünfläche bzw. Verkehrsfläche auch nicht vermutet.

~~Kampfmittelbelastungen werden nicht vermutet. Das Plangebiet ist weder als Bombenabwurfgebiet noch als munitionsverseuchtes Gebiet bekannt. Auch wurden in der Vergangenheit dort oder in der Umgebung keine Kampfmittelfunde aktenkundig.~~

Die Luftbilddauswertung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes der Bezirksregierung Arnsberg hat ergeben, dass sich im Norden des Geltungsbereichs nördlich des Venndiek und unmittelbar an der Ringstraße eine bombardierte Fläche befindet. Hierzu empfiehlt der Kampfmittelbeseitigungsdienst die Sondierung der zu bebauenden Flächen und des Baugrundes und die Anwendung der Anlage 1 TVV.

Die betroffene Fläche ist in der Flächennutzungsplanänderung weiterhin als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Entsprechend dem Artenschutzgutachten soll ein Teilbereich dieser Fläche für die Landwirtschaft für artenschutzrechtlich erforderliche Maßnahmen genutzt werden. Diese können so verortet werden, dass die bombardierte Fläche nicht in Anspruch genommen werden muss und eine Sondierung hierfür nicht erforderlich ist. Im Rahmen der konkretisierenden Bauleitplanverfahren (Bebauungspläne Nr. 103 „Pirolstraße“ und Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“) sind entsprechende Hinweise aufzunehmen und zur Umsetzung der Planung die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. In die Flächennutzungsplanänderung wurde bereits ein allgemeiner Hinweis zum Umgang mit Kampfmittelfunden bzw. Verdachtsfällen aufgenommen.

## 7.3 Denkmalpflegerische Belange

Baudenkmäler sind weder im Plangebiet noch im Nahbereich bekannt und werden auch nicht vermutet.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist gem.

§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz der Stadt Vreden und der LWL-Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster unverzüglich anzuzeigen.

## **8.0 Umsetzung der Planung**

Zur Realisierung des neuen Wohnbaugebiets „Pirolstraße“ ist eine freiwillige private Grundstücksneuordnung vorgesehen. Entsprechende Verträge sollen abgeschlossen werden. Die Stadt Vreden ist bereits Eigentümerin einiger Flurstücke.

Der Umbau des Knotenpunktes und die Verlegung des Regenrückhaltebeckens wird durch die Stadt Vreden in enger Abstimmung mit den zuständigen Straßenbaulastträgern umgesetzt.

## **TEIL B: UMWELTBERICHT**

### **1.0 Einleitung**

Im Rahmen der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet.

Die Struktur des Umweltberichtes ist in der Anlage zum Baugesetzbuch vorgegeben (vgl. Anlage 1 des BauGB nach § 2 Absatz 4 und § 2a Satz 2 Nummer 2). Das Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Umweltberichtes baut hierauf auf. Die Umweltprüfung ist Grundlage des Umweltberichtes. Der Umweltbericht ist Teil der Begründung des Bauleitplans, sein Ergebnis ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

### **1.1 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans**

#### **1.1.1 Ziele des Bauleitplans**

Für die Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ und Nr. 103 „Pirolstraße“ ist diese Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Vreden erforderlich.

##### Bebauungsplan Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“

Die Stadt Vreden hat sich mit dem Projekt Gaxelino (innovative Nahmobilitätsoffensive für das Industriegebiet Gaxel) erfolgreich beim Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ beworben. Durch Gaxelino soll die Radverkehrsanbindung des Industriegebiets Gaxel mit Blick auf die Wohnsiedlungsbereiche verbessert werden.

##### Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“

Im städtebaulich räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 119 steht die Planung für das Neubaugebiet „Pirolstraße“. Das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg dient auch diesem Projekt.

Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist im Wesentlichen die Darstellung von Verkehrsflächen (Ringstraße, Winterswyker Straße), einer Fläche für die Regenwasserentsorgung am Amselweg und von Wohnbauflächen nördlich des Venndieks, sowie Maßnahmen zum Immissionsschutz entlang der Ringstraße und Winterswyker Straße.

Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Die o. g. Planungen widersprechen zum Teil dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Vreden. Daher wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Es ist insbesondere die Verkehrsfläche anzupassen sowie der neue Standort für das Regenrückhaltebecken darzustellen. Außerdem sind die vorgesehenen Lärmschutzvorkehrungen auf Flächennutzungsplanebene zu berücksichtigen. Bezüglich des Neubaugebiets Pirolstraße besteht für die Bauzeile nördlich des Venndieks noch keine Darstellung als Wohnbaufläche im gültigen Flächennutzungsplan.



### 1.1.2 Angaben über Standort, Art und Umfang des Vorhabens

Bei der für den Neubau der Unterführung in Anspruch genommen Fläche handelt es sich um ein bestehendes Regenrückhaltebecken (bedingt naturfern) mit Ufergehölz. Außerdem werden bestehende Verkehrsflächen überplant, einige Straßenbäume müssen entfernt werden. Auf der gegenüberliegenden Seite der Ringstraße liegt ein Grünlandstreifen (Ackerbrache).

Bei der Winterswyker Straße (K24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee, die laut Alleenkataster NRW auf Höhe des Grundstücks Finkenstraße 21 beginnt. Der eigentliche Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße ist nicht Bestandteil des Alleenkatasters. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i. V. m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist auszugehen.

Im Bereich der geplanten Radwegeunterführung befindet sich ein Regenrückhaltebecken (RRB), welches im Rahmen der neuen Radwegführung verlegt werden muss. Als neuer Standort dient eine bisherige Spielplatzfläche am Amselweg. Die bestehenden Grünstrukturen sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben.



(Abbildung 11: Schrägluftbild Juli 2018, Geodatenatlas Kreis Borken)

Nördlich des Venndieks befinden sich Acker bzw. Weideflächen sowie eine umstrukturierte ehemalige Hofstelle (Wohnen und Landmetzgerei).

#### **1.1.4 Bedarf an Grund und Boden**

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen soll begründet werden. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche bei dieser Flächennutzungsplanänderung bezieht sich im Wesentlichen auf die Fläche nördlich des Venndieks. Dort soll zusätzlich eine Wohnbaufläche dargestellt werden.

Die Untersuchung des Pestel Instituts von Mai 2019 im Auftrag der „Wohnraumoffensive Münsterland“, ein Zusammenschluss von Wohn-Bau Unternehmensgruppe, Sparkassen der Region, der Stadt Münster und der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf, zeigt auf, dass es in der Stadt Vreden im Bestand zu wenig Wohnungen gibt (Defizit von ca. 150 Wohnungen).

Speziell im Bereich „Familienfreundliche Wohnformen“ ist eine nach wie vor rege Nachfrage nach Grundstücken zu verzeichnen. Dieses hängt sicherlich insbesondere mit der überdurchschnittlich großen Anzahl von jungen Familien zusammen. Hinzu kommt die Nachfrage nach Bauland auch von Bevölkerungsgruppen, die durch die gute Wirtschaftsstruktur als Arbeitnehmer nach Vreden zuziehen. Das Interesse an baureifem Land in dem Bereich der Stadt ist groß.

Das Ziel der Verringerung des zukünftigen Flächenverbrauchs wird durch zahlreiche Einzelprojekte der Stadt Vreden verfolgt. Hier ist beispielsweise die realisierte Nachverdichtung im Bereich der Oldenkotter Straße (Hinterlandbebauung) sowie verschiedene (vorhabenbezogene) Bebauungspläne für Mehrfamilienhäuser oder die Entwicklung des Areals der ehemaligen Marienkirche genannt. Wie schwierig eine Nachverdichtung im Bestand realisierbar ist, haben in der Vergangenheit die gescheiterten Bemühungen im Bereich Kleinemast (Hinterlandbebauung Hermann-Löns-Weg / Eichendorffstraße) oder bei der innerstädtischen Brache „Bierbaum-Gelände“ gezeigt.

Bei dem Baugebiet Pirolstraße handelt es sich zwar um eine Außenbereichsfläche, die aber gleichwohl innerhalb der Ringstraße zwischen vorhandenen Siedlungsbereichen liegt. Die Planung dient als Abrundung der Siedlungsflächen am Stadtrand. Im Laufe der Grundstücksverhandlungen wurde auf Wunsch der Eigentümer eine zusätzliche Bauzeile nördlich des Venndieks mit in die Planungsüberlegungen einbezogen. Städtebaulich ist es sinnvoll, den Venndiek beidseitig zu bebauen und die vorhandene Infrastruktur effektiv zu nutzen.

### **1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes und ihrer Berücksichtigung**

#### **1.2.1 Fachgesetze**

Neben den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen wie dem Baugesetzbuch gelten für die einzelnen Schutzgüter jeweils eigene Fachgesetze und gesetzliche Festlegungen, welche im Rahmen der Umweltprüfung in der jeweils gültigen Fassung zum Zeitpunkt der Berichterstellung zu berücksichtigen sind.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
<b>Mensch</b>	Baugesetzbuch	Bauleitpläne sollen eine geordnete städtebauliche Entwicklung, eine am Wohl der Allgemeinheit ausgerichtete sozialgerechte Bodennutzung und eine menschenwürdige Umwelt sicherstellen, insbesondere Vermeidung von Emissionen (gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung). Bei der Bauleitplanung sind die Belange des Bildungswesens sowie von Sport, Freizeit und Erholung zu berücksichtigen.
	Bundesimmissions- schutzgesetz inkl. Verordnungen	Schutz der Schutzgüter: Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Klima und Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Emissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).
	TA Lärm	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.
	DIN 18005 Schallschutz im Städtebau	Als Grundlage für gesunde Lebensverhältnisse der Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig und dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und Lärminderung bewirkt werden soll.
	Abstandserlass NRW	Der Abstandserlass nennt in einer Abstandsliste Schutzabstände zu Gewerbebetrieben. Er dient der Gliederung von Baugebieten nach zulässigen Betrieben und Anlagen und deren Eigenschaften. Bei Einhaltung oder Unterschreitung der angegebenen Mindestabstände ist davon auszugehen, dass Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen in den umliegenden Gebieten nicht entstehen.
<b>Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</b>	Bundesnaturschutzges etz Landschaftsgesetz NRW	Natur und Landschaft sind im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlagen des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung in Natur und Landschaft nachhaltig auf Dauer gesichert sind.
	Baugesetzbuch	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere - die Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt, - sowie die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und die biologische Vielfalt zu berücksichtigen.  Eingriffs- / Ausgleichsregelung
	FFH- und Vogelschutzrichtlinie in Verb. mit BNatSchG	Schutz heimischer, wildlebender Vogelarten und ihrer Lebensräume.
<b>Boden und Fläche</b>	Bundesboden- schutzgesetz	Ziele des BBodSchG sowie der BBodSchV sind - der langfristige Schutz oder die Wiederherstellung des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und als Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen sowie als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz) und als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, Standorte für Rohstofflagerstätten, - der Schutz und die Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen, - die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten, sowie dadurch verursachter Gewässerverunreinigungen.
	Baugesetzbuch	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch

		<p>Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden (Bodenschutzklausel).</p> <p>Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden (Umwidmungssperrklausel).</p> <p>Zusätzliche Anforderungen entstehen durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastete Böden.</p> <p><u>Eingriffs- / Ausgleichsregelung</u></p>
<b>Wasser</b>	Wasserhaushaltsgesetz	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohle der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Umgang mit Niederschlagswasser</p> <p>Schutz der Überschwemmungsgebiete</p>
	Landeswasser-gesetz	<p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit</p>
	Baugesetzbuch	<p>Sicherung einer geordneten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Hochwasserschutz und -vorsorge</p>
<b>Klima</b>	Baugesetzbuch	<p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, insbesondere des Naturhaushalts, des Wassers, der Luft und des Bodens einschließlich seiner Rohstoffvorkommen, sowie des Klimas.</p> <p>Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie</p> <p>Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz als Planungsgrundsatz</p> <p><u>Eingriffs- / Ausgleichsregelung</u></p>
	Landschaftsgesetz NRW	<p>Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und damit auch der klimatischen Verhältnisse</p>
<b>Luft</b>	Bundesimmissions-schutzgesetz inkl. Verordnungen	<p>Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen und Belästigungen vorzubeugen.</p>
	Baugesetzbuch	<p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, insbesondere des Naturhaushalts, des Wassers, der Luft und des Bodens einschließlich seiner Rohstoffvorkommen, sowie des Klimas.</p> <p>Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie</p> <p>Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz als Planungsgrundsatz</p> <p><u>Eingriffs- / Ausgleichsregelung</u></p>
	TA Luft	<p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge.</p>
	GIRL	<p>Geruchsimmisionsrichtlinie gibt Orientierungswerte zur Umweltvorsorge</p>



Schutzgut	Quelle	Zielaussage
<b>Landschaft</b>	Bundesnaturschutzgesetz Landschaftsgesetz NRW	Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft und der Natur als Lebensgrundlage des Menschen auch für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.
	Baugesetzbuch	Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes (Landschaftspflege) im Rahmen der Bauleitplanung.  Eingriffs- / Ausgleichsregelung
<b>Kultur -und Sachgüter</b>	Baugesetzbuch	Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung.
	Bundesnaturschutzgesetz	Erhaltung historischer Kulturlandschaften von besonders charakteristischer Eigenart, sowie der Umgebung geschützter oder schützenswerter Kultur, Bau- und Bodendenkmälern.
	Denkmalschutz-gesetz	Bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen. Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen.

### 1.2.2 Fachplanungen

#### Regionalplan

Das Plangebiet ist im Regionalplan Münsterland als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellt, die Ringstraße als Straße für den großräumigen Verkehr. Daher wird angenommen, dass die Planung keinen landesplanerischen Zielen und Grundsätzen widerspricht.

#### Landschaftsplan

Das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplans „Zwillbrocker Sandebene - Berkelniederung“. Folgendes Entwicklungsziel der Landschaftsplanung ist hier zu beachten:

Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft. Das Entwicklungsziel bedeutet neben dem Erhalt der großflächigen schutzwürdigen Biotope Zwillbrocker Venn und Ellewicker Wiesen insbesondere:

- Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppen, Einzelbäume und Hofeingrünung (Dies beinhaltet auch die Forderung nach Ersatzeingrünung bei unumgänglicher, betriebsorganisatorisch bedingter Beseitigung des alten Bestandes im Hofbereich.)
- Erhaltung des gesamten Waldbestandes und mögliche Erweiterung
- Erhaltung des Kleinreliefs und der Ufergehölze im Bereich der Nebengewässer der Berkel
- Erhaltung von schutzwürdigen Biotopen

Für die Planung ist insbesondere der erste und dritte Spiegelstrich relevant. Ein Waldbestand oder ein schutzwürdiges Biotop sind weder im Plangebiet noch im näheren Umfeld vorhanden.

#### Flächennutzungsplan

Die Planung widerspricht zum Teil dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Vreden. Daher wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Es ist insbesondere die Verkehrsfläche anzupassen sowie der neue Standort für das Regenrückhaltebecken

darzustellen. Außerdem sind die vorgesehenen Lärmschutzvorkehrungen auf Flächennutzungsplanebene zu berücksichtigen.

#### Bebauungsplan

Für den Großteil des Plangebiets liegt bislang kein Bebauungsplan vor. Es handelt sich um eine Fläche im Außenbereich nach § 35 BauGB. Hierzu sollen die Bebauungspläne Nr. 119 und Nr. 103 aufgestellt werden.

#### Schutzgebiete

Es bestehen für das Plangebiet keine Schutzgebietsverordnungen. Die Schutzgebietskulissen im Westen an der niederländischen Grenze in Zwillbrock (Landschafts- und Naturschutzgebiete, gleichzeitig Natura 2000-Gebiet) liegen in mehr als 4 km Entfernung.

Das Landschaftsschutzgebiet entlang der Berkel nordwestlich vom Plangebiet ist rund 1 km entfernt. Das Landschafts- und Naturschutzschutzgebiet (gleichzeitig Natura 2000-Gebiet) entlang der Berkel im Osten ist mehr als 1 km vom Plangebiet entfernt.

## **2.0 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

### **Wirkungen des Vorhabens**

Die Wirkfaktoren lassen sich sachlich und zeitlich unterteilen:

#### Baubedingte Wirkungen

Wesentliche baubedingte temporäre Wirkfaktoren ergeben sich aus den Baumaßnahmen für die Errichtung der Wohnhäuser und Infrastrukturanlagen. Das Ausmaß hängt von den eingesetzten Baumitteln, Bauverfahren sowie vom Zeitraum der Bautätigkeit ab. Temporär ist für die angrenzenden Wohngebiete mit baubedingt erhöhten Lärm-, Staub- und Schadstoffemissionen zu rechnen. Die baubedingten Wirkungen lassen sich durch einen umweltschonenden Baustellenbetrieb unter Beachtung der gängigen Umweltschutzauflagen minimieren.

#### Anlagebedingte Wirkungen

Anlagebedingte Wirkungen ergeben sich im Wesentlichen durch die o. g. Wohnbau- und Infrastrukturanlagen in Form der Neuversiegelung.

#### Betriebsbedingte Wirkungen

Als wesentliche betriebsbedingte Wirkungen sind Lärm-, Licht- und Schadstoffemissionen durch Verkehr auf der Ringstraße und der Winterswyker Straße zu erwarten. Ursächlich hierfür ist jedoch nicht der Inhalt dieses Bebauungsplans, sondern allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel. Hinzu kommen die Auswirkungen durch das neue Wohngebiet verursachte Verkehre.

## **2.1 Schutzgut Mensch**

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der angestrebten Planung Auswirkungen auf das Wohnen, des Wohnumfeld und die menschliche Gesundheit sowie die Erholungsfunktion von Bedeutung.

Am Knotenpunkt Winterswyker Straße/ Ringstraße grenzt im Süden des Plangebiets das Wohngebiet Finkenstraße / Toschlag an, im Nordosten an der Winterswyker Straße stadteinwärts befindet sich ein Kindergarten. Am Standort des neuen Regenrückhaltebeckens besteht am Amselweg eine Wohnbebauung. Dies gilt auch für Bereiche südlich des Venndieks.

Innerhalb des Plangebietes selbst befindet sich bisher ein Wohnhaus am Venndiek, der zukünftig beidseitig mit Wohngebäuden bebaut werden soll.

Die Grünfläche am Amselweg hat eine Bedeutung für die ortsnahe Erholung und als Treffpunkt der Nachbarschaft. Das derzeitige Regenrückhaltebecken hat aufgrund seiner Lage und Gestaltung keine Bedeutung für die Naherholung.

Aufgrund der ausgeprägten linienhaften Grünstrukturen entlang der Ringstraße sowie den Einfriedungen auf den Grundstücken des Baugebiets Finkenstraßen/ Toschlag bestehen keine relevanten Sichtbeziehungen in den angrenzenden offenen Landschaftsraum Richtung Westen bzw. Süden. Am Venndiek bestehen von den bestehenden Wohngrundstücken Sichtbeziehungen Richtung Norden in die Landschaft, die von landwirtschaftlichen Flächen und (ehemaligen) Hofstellen geprägt ist.

Vorbelastungen der nächstgelegenen Wohnbebauungen bestehen hauptsächlich durch die von der Ringstraße und Winterswykerstraße ausgehenden Emissionen des Verkehrs. Auch durch die Bewirtschaftung der umliegenden Ackerflächen oder durch landwirtschaftliche Gerüche von Hofstellen in der Nachbarschaft können Belastungen entstehen.

#### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Für das neue Wohngebiet Pirolstraße an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen.

Im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße ist eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) vorgesehen.

Der Verkehrslärmschutz wird in den Bebauungsplanverfahren Nr. 103 und 119 abschließend geprüft. Beide Gutachten des Büros Wenker & Gesing sind als Anlage beigelegt. Grundsätzlich ist hierbei folgendes zu beachten:

Anwohner an vielbefahrenen Straßen wie im Plangebiet sind regelmäßig Lärmimmissionen ausgesetzt. Rechtlich erforderlich ist vorliegend ein Lärmschutz in den Bereichen, in denen die Straße eine wesentliche Änderung erfährt. Bei der Anhebung des Knotenpunktes um ca. 80 cm zur Realisierung der Unterführung handelt es sich um eine wesentliche Änderung im Sinne der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV), sodass bei den Planungen der Schallschutz zu untersuchen ist. Vorliegend sind die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für Allgemeine Wohngebiete von 59 dB(A) tags und 49 dB(A) nachts relevant:

Gebietseinstufung	Immissionsgrenzwerte [dB(A)]	
	tags	nachts
Krankenhäuser, Schulen, Kurheime und Altenheime	57	47
Reine und Allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete	59	49
Kerngebiete, Dorfgebiete und Mischgebiete	64	54
Gewerbegebiete	69	59

Betrachtet wurde der Prognose-Nullfall 2030 mit den folgenden Verkehrsbelastungszahlen:

Straßenabschnitte	DTV [Kfz/24h]	SV-Anteil		zul. Höchst- geschwin- digkeit  $V_{max}$ [km/h]
		$p_t$ [%]	$p_n$ [%]	
Ringstraße (L 608) - nordwestlich Knotenpunkt Winterswyker Str. - südöstlich Knotenpunkt Winterswyker Str.	7.750 12.900	10,9 10,1	10,9 10,1	70 70
Winterswyker Straße (K 24) - nordöstlich Knotenpunkt Ringstraße - südwestlich Knotenpunkt Ringstraße	4.600 10.000	2,2 6,1	2,2 6,1	50 60

Der Gutachter rät dazu, eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand (Höhe 2,50 m bis 4 m, bezogen auf das bestehende Geländeniveau) entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) zu errichten. Hieran schließt dann direkt die vorhandene private Lärmschutzwand auf dem Grundstück Toschlag 1 an. Durch die vorgeschlagene Lärmschutzwand wird der Schutz der Erdgeschosse sichergestellt. In den übrigen Geschossen ist im weiteren Verfahren grundstücksbezogen die Erforderlichkeit passiver Lärmschutzmaßnahmen, beispielsweise in Form geeigneter Fenster, zu prüfen. Im gültigen Bebauungsplan Nr. 63 „Toschlag“ sind bereits 1993 passive Lärmschutzmaßnahmen für die Wohngebäude an der Winterswyker Straße und der Ringstraße festgesetzt worden. Die geschossweise Abschtung aktiver und passiver Maßnahmen ist gängige Praxis bei der Lärmschutzvorsorge. Ein aktiver Vollschatz aller Geschosse durch eine bis zu 6 m hohe Lärmschutzwand, die ebenfalls untersucht wurde, ist aus städtebaulichen Gründen sowie in Vergleichbarkeit mit anderen Baugebieten an der Ringstraße, bei denen Lärmschutzwände bzw. -wälle eine Höhe von ca. 3-4 m haben, als unverhältnismäßig anzusehen.

An den übrigen Verkehrswegen im Plangebiet werden keine wesentlichen Änderungen im Sinne der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) vorgenommen, sodass dort der Schallschutz nicht nach diesen Maßgaben zu untersuchen ist. Ursächlich für mögliche höhere Lärmwerte ist dort nicht der Inhalt dieses Bebauungsplans, sondern allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel. Daher ist über mögliche Schallschutzmaßnahmen außerhalb dieses Bebauungsplanverfahrens zu diskutieren.

Für den Bau des Kindergartens an der Winterswyker Straße wurde seinerzeit ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt und die Lärmsituation bewertet. Für den Bebauungsplan für das Baugebiet Pirolstraße, in dem die Kita zukünftig liegen wird, erfolgt eine schalltechnische Bewertung nach der DIN 18005. Die Untersuchungen für den Bebauungsplan N. 103 empfehlen eine 4,5m hohe Lärmschutzwand entlang der



Ringstraße. Im Bereich des Venndieks soll der Schallschutz für die neue Wohnbebauung über einen ausreichenden Abstand zur Ringstraße gelöst werden.

Die Umgestaltung der bisherigen Grünfläche am Amselweg wird als nicht erheblicher Eingriff in die Erholungsfunktion eingestuft. Als Vorbild für die Gestaltung der Anlage soll das naturnahe Regenrückhaltebecken des Neubaugebiets Fasanenweg/Klosterhook dienen. Eine solche Gestaltung ist nicht vergleichbar mit dem Erscheinungsbild des bestehenden RRB. Bei der Planung des neuen RRB wurde versucht, möglichst viele Grünstrukturen zu erhalten. Außerdem ist es gelungen, eine für die Nachbarschaft nutzbare Grünfläche (Größe ca. 400 m<sup>2</sup>) östlich des RRB zu erhalten. Somit wird die Erholungs- und Erlebnissfunktion zwar verändert, geht aber nicht verloren.

### Geruch

In einem Umkreis von 600 m um das Plangebiet befinden sich verschiedene landwirtschaftliche Hofstellen mit Tierhaltung. Daher wurde ein Geruchsgutachten durch das Ingenieurbüro Richters & Hüls erstellt, welches als Anlage beigefügt ist. Die Darstellung der Berechnungsergebnisse erfolgt in Form von Flächenkennwerten. Es zeigt sich, dass die Emissionsdaten der berücksichtigten Hofstellen in der Bestandssituation im Plangebiet zu belästigungsrelevanten Kenngrößen von 3% bis 8% an der geplanten Wohnbebauung beitragen.

Für Wohngebiete gibt die Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) einen Wert bis zu 10 % (0,10) der Jahresstunden für die Überschreitung der Geruchsschwelle von 1 GE/m<sup>3</sup> an. Vereinzelt können bei Wohngebieten in dörflicher Lage und in unmittelbarer Nähe zum angrenzenden Außenbereich entsprechend des OVG Münster (10 B 1176/16.NE) auch Geruchsimmissionen von bis zu 0,15 als zumutbar angesehen werden.

Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die neuen Wohnbauflächen mögliche Erweiterungsabsichten der landwirtschaftlichen Betriebe einschränken, die sich bereits derzeit in der Nähe des Siedlungsrandes befinden. Wie den Berechnungsergebnissen zu entnehmen ist, werden die berücksichtigten Tierhaltungsbetriebe nicht durch das geplante Wohngebiet, sondern durch die bestehende Wohnbebauung (Bernhard-Letterhaus-Straße / Ekbertstraße / Warinusstraße) nördlich des Plangebietes eingeschränkt. Diesen Konfliktfall müssten Betriebsinhaber bei einer Erweiterung bereits heute unabhängig von der vorliegenden Bauleitplanung lösen.

Baubedingte Schall-, Licht- und Staubemissionen bei der Erschließung des Baugebiets, der Errichtung der einzelnen Wohnhäuser sowie der Realisierung des neuen Knotenpunktes und der Anlegung des Regenrückhaltebeckens am Amselweg sind temporärer Natur und daher nicht von erheblicher Schwere.

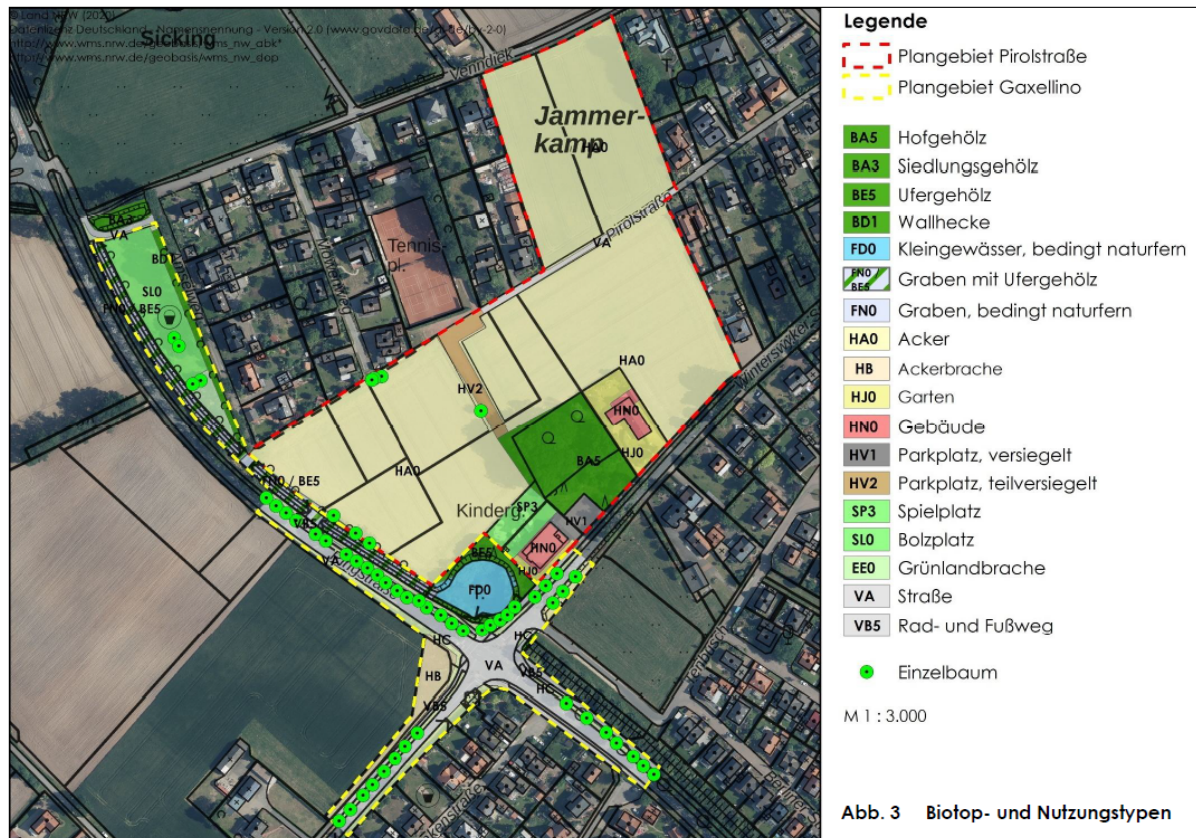
## **2.2 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Laut Biotopkataster NRW sind schutzwürdige Biotope weder im Plangebiet noch in den angrenzenden Bereichen zu finden. Weder ein Natur- noch ein Landschaftsschutzgebiet befindet sich im Plangebiet oder im näheren Umfeld.

Der Standort des neuen Regenrückhaltebeckens wird zum größten Teil von einem kleinen Bolzplatz eingenommen, südlich davon grenzt eine Grünlandbrache an. Westlich grenzt ein Gewässer (bedingt naturferner Graben) mit Ufergehölz (Erlen, Weiden und Hasel) an, der sich nach Süden bis zum bestehenden RRB zieht. Im Osten schließt eine Wallhecke an den Bolzplatz an. Auf dem Bolzplatz und der Grünlandbrache stehen vier Einzelbäume (Eiche, Rosskastanie und zwei Walnussbäume).

Das bestehende RRB wurde als bedingt naturfernes Kleingewässer kartiert. Das RRB ist von Ufergehölz (Erlen, Weiden und Hasel) umgeben.



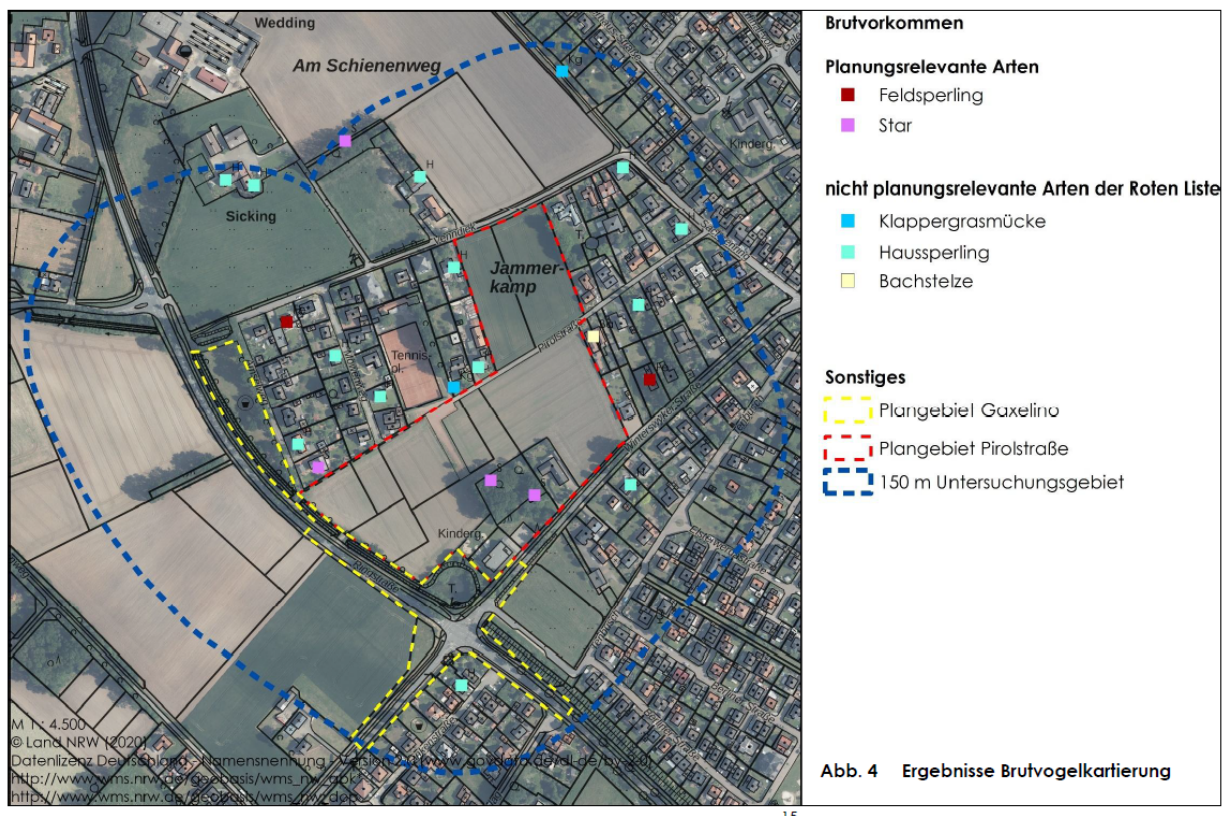
(Abbildung 12: Biotop- und Nutzungstypen – Büro wwk)

Im Kreuzungsbereich Ringstraße / Winterswyker Straße findet sich neben den Straßenflächen sowie den Rad- und Fußwegen Straßenbegleitgrün. Die Ringstraße wird von einer Baumreihe aus Eichen gesäumt. Die kleine Ackerbrache an der Kreuzung hat aus ökologischer Sicht nur eine geringe Bedeutung, während die Allee an der Winterswyker Straße eine mittlere Bedeutung aufgrund ihrer Vernetzungsfunktion aufweist. Am Kreuzungsbereich Richtung Innenstadt stehen fünf Linden.

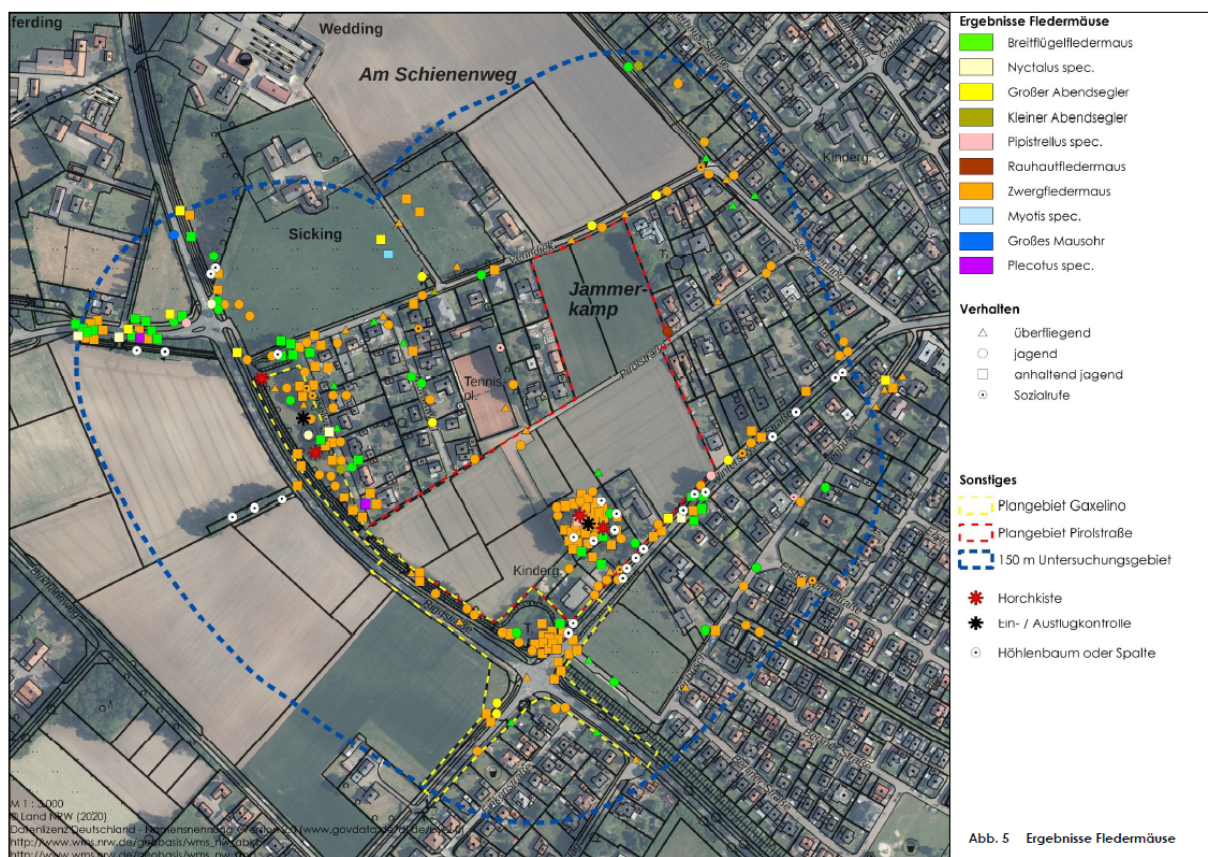
Nördlich des Venndieks befinden sich Acker bzw. Weideflächen sowie eine umstrukturierte ehemalige Hofstelle (Wohnen und Landmetzgerei).

Für die Berücksichtigung der Artenschutzbelange wurde zusammen für das neue Baugebiet Pirolstraße (Bebauungsplan Nr. 103) eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt (vgl. Anlage 3). Folgende Vogel- und Fledermausarten wurden im Untersuchungsgebiet festgestellt:





(Abbildung 13: Kartierungsergebnisse Brutvögel – Büro wwK)



(Abbildung 14: Kartierungsergebnisse Fledermäuse – Büro wwK)

In dem bestehenden Regenrückhaltebecken konnten Amphibien festgestellt werden. Insgesamt handelt es sich bei dem Regenrückhaltebecken um ein Gewässer mit geringer Bedeutung für Amphibien, da im Wesentlichen hier nur nicht planungsrelevante Arten festgestellt wurden und es sich zudem um ein stark beeinträchtigtes Gewässer handelt. Da bei der festgestellten Grünfrosch-Population die Arten nicht hinreichend sicher unterschieden werden können, ist ein Vorkommen des planungsrelevanten Kleinen Wasserfrosches nicht sicher auszuschließen. Von den Grünfröschen wurden nur sehr wenige Exemplare und keine Reproduktion nachgewiesen.

#### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Entsprechend dem Entwicklungsziel Nr. 1 des Landschaftsplans (Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppe und Einzelbäume) erfolgt die Planung möglichst unter Erhalt der vorhandenen Grünstrukturen. Zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen werden die einschlägigen Regelungen der DIN-Vorschrift 18920 beachtet.

Jedoch können nicht alle Bäume und Hecken erhalten werden. Insbesondere im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes mit der Unterführung im Bereich des derzeitigen RRB ist die Entnahme von Grünelementen unvermeidbar.

Bei der Planung des neuen Regenrückhaltebeckens am Amselweg, welches naturnah gestaltet werden soll, werden möglichst viele Grünstrukturen erhalten. Im Bereich des geplanten Regenrückhaltebeckens werden die von der Planung nicht tangierten Einzelbäume zum Erhalt festgesetzt.

Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und die Ausweitung der Verkehrsflächen zieht Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

Bei der Winterswyker Straße (K24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee, die laut Alleenkataster NRW auf Höhe des Grundstücks Finkenstraße 21 beginnt. Der eigentliche Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße ist nicht Bestandteil des Alleenkatasters. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i. V. m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist auszugehen.

Für die Flächennutzungsplanänderung sind keine artenschutzrechtlichen Restriktionen erkennbar, die eine Umsetzung der Planung in Frage stellen. Unter Einhaltung der im Gutachten definierten Vermeidungs- Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind derzeit keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erkennbar. Im Artenschutzgutachten wird folgendes Fazit gezogen:

„Die durchgeführten Kartierungen zeigen eine Bedeutung des Untersuchungsgebietes für planungsrelevante Vogel- und Fledermausarten auf. Die Maßnahmen betreffen vor allem Gehölze bewohnenden Arten. Um eine Tötung von Tieren durch Rodung der Gehölze zu vermeiden, sind die Gehölzrodungen außerhalb des Zeitraumes vom 01.03. bis 30.09. eines Jahres durchzuführen sowie vorhandene Baumhöhlen auf Besatz von Tieren vor der Fällung zu prüfen. Nicht sicher auszuschließen ist die Beeinträchtigung zweier Brutvorkommen des Stars im Feldgehölz innerhalb des Plangebietes „Pirolstraße“, durch den Verlust des angrenzenden Ackers als Nahrungsfläche. Aus gutachterlicher Sicht ist für die beiden Brutvorkommen insgesamt ein Ausgleich von 1 ha Umwandlung von Acker in extensives Grünland und die Anbringung von 4 Nisthilfen erforderlich. Das Feldgehölz hat zudem eine



wichtige Bedeutung für Fledermäuse. Die Ergebnisse der Fledermauskartierung lieferten Hinweise auf ein Quartiervorkommen der Zwergfledermaus in diesem Gehölz. Durch die geplanten Wohnbebauungen ist eine erhöhte Lichtverschmutzung in das Feldgehölz und die dort befindlichen Höhlenbäume zu erwarten und ein Verlust der Quartiersfunktion für Fledermäuse anzunehmen. Zum Ausgleich dieses Quartierverlustes sind 15 Quartierhilfen im räumlichen Zusammenhang anzubringen. Weiterhin wird empfohlen, die Verkehrsbeleuchtung im neuen Wohngebiet Fledermaus- und insektenfreundlich zu gestalten.

In dem zu entfernenden Regenrückhaltebecken kommen vor allem nicht planungsrelevante Amphibienarten vor; ~~ein Vorkommen des planungsrelevanten Kleinen Wasserfrosches ist nicht mit Sicherheit auszuschließen. Zum Schutz dieser Arten wird eine Bauzeitenbeschränkung für den Zeitraum von Anfang März bis mind. Ende Juli empfohlen. Zum Schutz dieser Arten ist eine vorzeitige Rodung der Ufergehölze (Zeitraum 1. Oktober bis 28. / 29. Februar) und Trockenlegung des Gewässers ab Anfang August nach Ende der Laichzeit erforderlich. Die Baumaßnahmen am RRB sind an die Trockenlegung zeitnah anzuschließen. Empfohlen wird für die Baumaßnahmen am Gewässer der Zeitraum August bis Ende Oktober. Als Ausweichlebensraum ist ein neues Kleingewässer im nahen Umfeld herzustellen.~~

Aus gutachterlicher Sicht ist unter Berücksichtigung der Durchführung der dargestellten Maßnahmen zur zeitlichen Eingrenzung der Schnitt- und Rodungszeiten, zum Schutz von Vogel- und Fledermausquartieren in Bäumen und die Ausgleichsmaßnahmen für Star und Fledermäuse nicht von einer Verletzung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG auszugehen. Unter Beachtung dieser Maßnahmen bleiben auch die ökologischen Funktionen nach Umsetzung möglicher Bauvorhaben im räumlichen Zusammenhang sicher erhalten. Aus artenschutzrechtlicher Sicht bestehen daher unter der benannten Bedingung keine Bedenken gegen das Planvorhaben.“

Erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Biologische Vielfalt sind weder während der Bau- noch der Betriebsphase zu erwarten. Trotz der Eingriffe verbleiben vernetzte Strukturen erhalten.

## 2.3 Schutzgut Fläche

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche bei dieser Flächennutzungsplanänderung bezieht sich im Wesentlichen auf die Fläche nördlich des Venndieks. Dort soll zusätzlich eine Wohnbaufläche dargestellt werden.

### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Bei dem Baugebiet Pirolstraße handelt es sich zwar um eine Außenbereichsfläche, die aber gleichwohl innerhalb der Ringstraße zwischen vorhandenen Siedlungsbereichen liegt. Die Planung dient als Abrundung der Siedlungsflächen am Stadtrand. Im Laufe der Grundstücksverhandlungen wurde auf Wunsch der Eigentümer eine zusätzliche Bauzeile nördlich des Venndieks mit in die Planungsüberlegungen einbezogen. Städtebaulich ist es sinnvoll, den Venndiek beidseitig zu bebauen und die vorhandene Infrastruktur effektiv zu nutzen. Außerdem ist vorliegend aktuelle eine Flächenverfügbarkeit vorhanden, die bei anderen Bauflächen, die im Flächennutzungsplan zur Verfügung stehen, zurzeit nicht gegeben ist. Durch die Wahl des Standorts für das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg wurde bewusst kein Standort bevorzugt, der landwirtschaftliche Flächen umfasst.

Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und die Ausweitung der Verkehrsflächen zieht Eingriffe nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende

Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

## 2.4 Schutzgut Boden

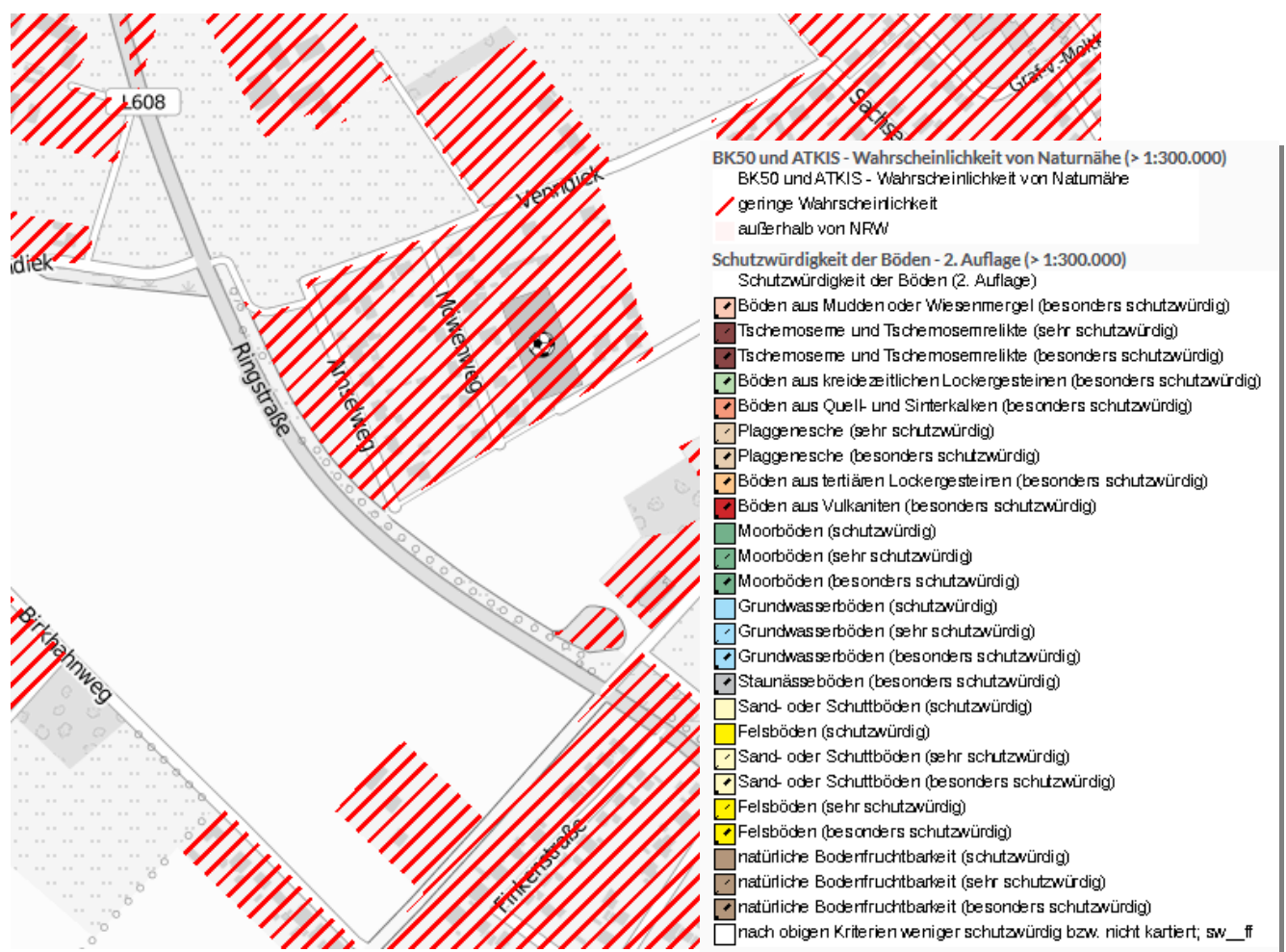
### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Altlasten, Altlastenverdachtsflächen, Bodenverunreinigungen sowie deren Auswirkungen sind im Plangebiet nicht bekannt und werden hier auch nicht vermutet.

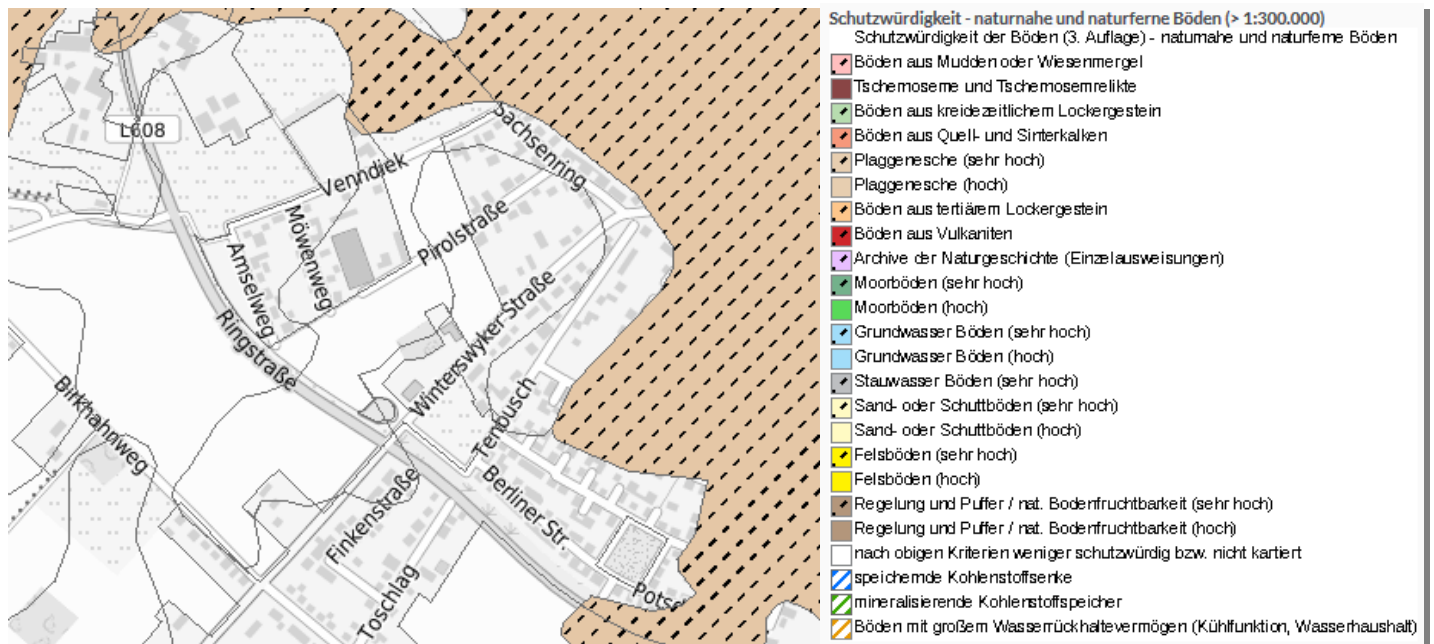
Im Plangebiet sind keine Bodendenkmäler bekannt und werden hier auch nicht vermutet.

Die nachfolgenden Karten aus dem GEOportal.nrw zeigen, dass im Wesentlichen eine geringe Wahrscheinlichkeit von Naturnähe im Plangebiet vorliegt und überwiegend keine schutzwürdigen Böden vorhanden sind bzw. kartiert wurden. Als Bodentyp herrscht im Plangebiet demnach größtenteils nicht schutzwürdiger Gley-Podsol (gP81) vor.

Im Bereich nördlich des Venndieks könnte im Randbereichen bei einzelnen Grundstücken Plaggenesch (E81) vorherrschen. Aufgrund der hohen Maßstäblichkeit der Bodenkarten müsste das Vorkommen von schutzwürdigen Plaggenesch (= Boden mit sehr hoher Funktionserfüllung als Archiv der Kulturgeschichte) im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren näher geprüft werden.



(Abbildung 15: Wahrscheinlichkeit von Naturnähe, Schutzwürdigkeit der Böden - 2. Auflage – GEOportal.nrw)



(Abbildung 16: naturnahe und naturferne Böden, Schutzwürdigkeit der Böden - 3. Auflage – GEOportal.nrw)

### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und die Ausweitung der Verkehrsflächen zieht Eingriffe in Boden nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

Sofern schutzwürdiger Plaggenesch in den o. g. Teilbereichen von Eingriffen betroffen ist, entsteht ggf. ein zusätzlicher Kompensationsbedarf. Bei den übrigen Böden im Plangebiet mit allgemeiner Bedeutung ist der multifunktionale Ausgleich über Kompensation des Biotopwertverlustes im Regelfall ausreichend.

Sofern im Zuge von Baumaßnahmen Bodendenkmäler offenbar werden, greift unmittelbar die Verpflichtung des § 16 DSchG NRW, wonach solche Funde zu melden und unverändert zu belassen sind.

## **2.5 Schutzgut Wasser**

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Entlang der Ringstraße verläuft das Gewässer 1350 (WBV Unteres Berkelgebiet). Dieser wurde als bedingt naturfern kartiert. Diese Einschätzung gilt auch für das bestehende Regenrückhaltebecken im Plangebiet.

Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines festgesetzten Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebiets. Die Hochwassergefahren- und risikokarten der Bezirksregierung Münster für die Berkel „HQ-häufig“ (hohe Wahrscheinlichkeit), „HQ-



100“ (mittlere Wahrscheinlichkeit) und HQ-extrem (niedrige Wahrscheinlichkeit) prognostizieren keinerlei Gefahren für das Plangebiet.

Das Plangebiet liegt mit Ausnahme möglicher kleiner Bereiche, wo Plaggenesch vorliegen könnte, in den Grundwasserstufen 2-3 – mittel bis tief – 4 bis 13 dm. Laut dem Auskunftssystem des Geologischen Dienstes ist im Wesentlichen somit keine Versickerung des Niederschlagswassers im Plangebiet möglich. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Planungen für die Radfahrunterführung, wonach die Grundwasserstände im Plangebiet sehr hoch liegen. Wegen des unzureichenden Grundwasserflurabstandes wird eine Versickerung von Niederschlagswasser nicht möglich sein. Die Ergebnisse der Rammkernuntersuchung und der fortlaufenden Grundwassermessung im Bereich der späteren Unterführung sind als Anlage 2 beigelegt.

#### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Umsetzung der Planung führt zu einer Versiegelung bisher noch offener Bodenoberflächen. Grundsätzlich führt eine Neuversiegelung zu einer Reduzierung der Grundwasserneubildung und zu einer Erhöhung des oberflächigen Abflusses von Regenwasser.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Hierbei ist die Betroffenheit der Gewässer zu prüfen und gesondert im Rahmen eines wasserrechtlichen Antrags abzuhandeln.

Für die Unterführung muss ein Trogbauwerk errichtet werden. Da es sich im Grundwasser befindet, muss es wasserdicht ausgebildet werden. Während der Gründungsarbeiten sind für die Unterführung Wasserhaltungsmaßnahmen notwendig.

In der Bauphase können minimale Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser in Form von Schadstoffeinträgen (bspw. Öl von Fahrzeugen) auftreten. Bei sachgemäßer Handhabung potenziell wassergefährdender Stoffe sind Schadstoffeinträge jedoch vermeidbar. Erhebliche Beeinträchtigungen aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes sind diesbezüglich nicht herauszustellen. Bei sachgemäßer Handhabung potenziell wassergefährdender Stoffe kann eine Beeinträchtigung dieses Schutzgutes jedoch als unwahrscheinlich angesehen werden.

## **2.6 Schutzgüter Luft und Klima**

#### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Das Plangebiet ist dem gemäßigt maritimen Klima des Euatlantikums zuzurechnen. Es gehört damit zum nordwestdeutschen humiden Klimabereich mit meist feuchten, kühlen Sommern und milden, regenreichen Wintern. Die mittlere jährliche Temperatur liegt laut Klimaatlas NRW des LANUV bei 10 - 11 °C und weist eine Jahresniederschlagssumme von 700 bis 800 mm auf. Die Hauptwindrichtung ist Südwest.

### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Durch die mit der Planung verbundene Zunahme der Versiegelung durch zusätzliche Wohnbau- und Verkehrsflächen kommt es zu Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima/Luft. Lokalklimatisch kann es Aufwärmeeffekten kommen, großräumig sind keine relevanten Änderungen zu erwarten.

Durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen kann es zu einer schadstoffbedingten Beeinträchtigung durch Luftverunreinigungen (Staub, Abgase) kommen. Ursächlich für ein höheres Verkehrsaufkommen ist nicht der Inhalt dieses Bebauungsplans, sondern allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel.

In den letzten Jahrzehnten ist die Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre stark gestiegen. Grundsätzlich verfolgt das Projekt Gaxelino im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ das Ziel der Treibhausgasminderung. Unabhängig von der allgemeinen Verkehrszunahme soll durch die attraktive Radwegeverbindung zum IG Gaxel und dem damit erwünschten Umstieg vom Pkw auf das Fahrrad CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Nach den Prognosen des LANUV (Klimaatlas NRW) werden sich die mittleren Jahrestemperaturen im Raum Vreden im Zeitraum von 2021 bis 2050 um etwa 0,5-1,5°C erhöhen. Für die Niederschläge wird eine Zunahme um ca. 5-10% angenommen.

Bei Eintritt der Klima-Vorhersagen sind durch den Klimawandel bedingte Katastrophen für das Plangebiet nicht größer als heutzutage. Aufgrund einer möglichen Anzahl von Starkregenereignissen kann die Häufigkeit temporärer Überschwemmungen zunehmen. Notfalls wäre ggf. die Radfahrunterführung aufgrund einer Überflutung temporär zu schließen. Alternative Ausweichwege wären vorhanden.

In Bezug auf die Schutzgüter Klima und Luft können durch den Baustellenbetrieb und -verkehr sektorale kleinklimatische bzw. lufthygienische Beeinträchtigungen hervorgerufen werden. Luftverunreinigungen dieser Art treten lediglich temporär begrenzt während der Bauphase auf und sind daher als nicht erheblich einzustufen. Nach Abschluss von Baumaßnahmen ist nicht mit zusätzlichen erheblichen Belastungen des Klimas und der Luft zu rechnen.

## **2.7 Schutzgut Landschaft**

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Das Plangebiet liegt am Siedlungsrand von Vreden. Zur offenen Landschaft ist es heute durch starkbefahrene Straßen (Ringstraße und Winterswyker Straße) sowie den wenig befahren Venndiek getrennt. Eingegrünt ist das Plangebiet durch ausgeprägte linienhaften Grünstrukturen entlang der Ringstraße (Eichenreihe und Ufergehölze) und einem Siedlungsgehölz nördlich des Standorts des neuen RRB sowie den Einfriedungen auf den Grundstücken des Baugebiets Finkenstraße / Toschlag. Nördlich dieses Baugebiets grenzt die Verkehrsfläche an einen begrünten Lärmschutzwall an.

Nördlich des Venndieks befinden sich Acker bzw. Weideflächen sowie eine umstrukturierte ehemalige Hofstelle (Wohnen und Landmetzgerei).

### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Entsprechend dem Entwicklungsziel Nr. 1 des Landschaftsplans (Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppe und Einzelbäume) erfolgt die Planung möglichst unter Erhalt der vorhandenen Grünstrukturen. Zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen werden die einschlägigen Regelungen der DIN-Vorschrift 18920 beachtet. Jedoch können nicht alle

Bäume und Hecken erhalten werden. Insbesondere im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes mit der Unterführung im Bereich des derzeitigen RRB ist die Entnahme von Grünelementen unvermeidbar.

Die neue Wohnbebauung am Venndiek am Siedlungsrand und die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang der Ringstraße wird Änderungen für das Landschaftsbild bedeuten:

- Bei der geplanten Lärmschutzwand an der Ringstraße wird auf landschaftsbildverträgliche Gestaltung geachtet werden. Durch die verbleibenden Bäume an der Ringstraße verbleibt grundsätzlich eine Eingrünung des Siedlungsrandes zur offenen Landschaft, sodass in diesem räumlichen Bereich keine wesentliche visuelle Änderung des Orts- und Landschaftsbildes eintritt.
- Am Venndiek soll durch entsprechende Ausweisung einer Ortrandeingrünung erstmals eine Eingrünung des Siedlungsrandes in diesem Bereich sichergestellt werden, sodass es hier eine Aufwertung des Orts- und Landschaftsbildes eintritt.

Das Orts- und Landschaftsbild kann aufgrund der eingesetzten Baufahrzeuge und Maschinen eine vorübergehende optische Beeinträchtigung erfahren. Diese Beeinträchtigung ist jedoch auf die Bauphase beschränkt und daher lediglich temporärer Natur.

## 2.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

### Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Baudenkmäler sind im Plangebiet nicht bekannt und werden auch nicht vermutet. Bei Bodeneingriffen können bislang unbekannte paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren) aus dem oberen Pleistozän (Niederterrassen aus der Weichsel-Kaltzeit) angetroffen werden können

### Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Kultur- und Sachgüter können grundsätzlich durch Bearbeitung des Bodens zur Erstellung der Baugrube und des Fundamentes betroffen sein. Der Einsatz von schwerem Gerät kann im Falle einer Entdeckung eines im Boden befindlichen Kulturgutes zu Beschädigungen dessen führen.

Aus Vorsorgegründen soll in der nachfolgenden Bebauungsplanebene auf folgendes hingewiesen:

1. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde sind Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 15 und 16 DSchG).
2. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um ggf. archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

Nach der Bauphase ist mit keiner Beeinträchtigung von Kultur- oder Sachgütern zu rechnen.

Insgesamt sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter zu erwarten.

## **2.9 Wechselwirkungen hinsichtlich der Schutzgüter**

Von der Umsetzung der vorliegenden Planung sind die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern Pflanzen/Tiere und Boden/ Fläche sowie Wasser und Klima betroffen, da die geplante Versiegelung Auswirkungen auf die Lebensraumfunktionen für Pflanzen und Tiere bzw. auf die Bodenfunktionen sowie den Wasserhaushalt und das Klima hat. Diesen Auswirkungen wird bei der Betrachtung der einzelnen Schutzgüter sowie durch entsprechende Maßnahmen Rechnung getragen. Eine Verstärkung der Umweltauswirkungen durch sich negativ verändernde Wechselwirkungen ist jedoch nicht zu erwarten.

## **2.10 Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung**

Die im Bereich des Plangebiets anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß nach dem aktuellen Stand der Technik zu entsorgen. Hinsichtlich der Art und Menge der erzeugten Abfälle kann zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Aussage getroffen werden. Erfahrungsgemäß handelt es sich vorliegend um die üblichen, zu erwartenden (Haus- und Garten-)Abfälle eines allgemeinen Wohngebiets. Abfälle, die im Rahmen von Abriss- oder Baumaßnahmen entstehen, sind ebenfalls ordnungsgemäß zu entsorgen.

Eine geordnete Schmutz- und Niederschlagswassersentsorgung ist auf Bebauungsplanebene sicherzustellen.

Über die üblichen, zu erwartenden Abfälle und Abwässer hinausgehend sind derzeit keine aus der künftigen Nutzung entstehenden Sonderabfallformen absehbar.

## **2.11 Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt durch Unfälle oder Katastrophen**

Bei Umsetzung der Planung sind keine Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt durch Unfälle oder Katastrophen erkennbar.

## **2.12 Eingesetzte Stoffe und Techniken**

Im Plangebiet sind keine erheblichen Auswirkungen aufgrund eingesetzter Techniken und Stoffe zu erwarten.

Die durch den Baustellenbetrieb verursachten Auswirkungen können bei Gewährleistung einer optimalen Entsorgung der Bau- und Betriebsstoffe, sachgerechten Umgang mit Öl und Treibstoffen, regelmäßiger Wartung der Baufahrzeuge sowie ordnungsgemäßer Lagerung wassergefährdender Stoffe als unerheblich eingestuft werden.

Durch die Anlagen im Plangebiet ist kein Umgang mit umweltschädlichen Stoffen zu erwarten.

### **2.13 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete**

Kumulierende Auswirkungen äußern sich aufgrund der Umsetzung und Ausübung eines Vorhabens in Verbindung mit den Auswirkungen benachbarter Vorhaben. Denn die Umweltauswirkungen der benachbarten Vorhaben können dazu führen, dass die Schwelle zur Erheblichkeit überschritten wird, selbst wenn die einzelnen Vorhaben für sich alleine betrachtet keine erheblichen, negativen Umweltauswirkungen hervorrufen.

Für die Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ und Nr. 103 „Pirolstraße“ ist diese Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Vreden erforderlich, wobei der Geltungsbereich dieser Flächennutzungsplanänderung nur einen Teilbereich des zukünftigen Neubaugebiets Pirolstraße umfasst. Für die übrigen Wohnbauflächen besteht schon eine entsprechende Darstellung im gültigen Flächennutzungsplan.

Die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter durch die Bebauungspläne Nr. 103 und Nr. 119 werden in den Umweltberichten der jeweiligen Bebauungspläne abschließend bewertet werden. Eine gemeinsame artenschutzrechtliche Bewertung wurde bereits vorgenommen (vgl. Anlage 3). Durch entsprechende Maßnahmen, die in den jeweiligen Bebauungsplan Nr. 103 oder Nr. 119 verortet werden, kann eine Verletzung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden.

### **2.14 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung**

Die Änderung des Flächennutzungsplanes stellt die erforderliche planungsrechtliche Vorbereitung zweier Bebauungspläne dar. Allein aus der Änderung des Flächennutzungsplans resultieren noch keine verbindlichen Regelungen mit umweltrelevanten Auswirkungen.

Ohne die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 119 würde keine Umgestaltung des Knotenpunktes Ringstraße/ Winterswyker Straße erfolgen. Das Ziel des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ einer Treibhausgasminderung würde tangiert werden. Die Flächenversiegelung würde auf heutigen Stand verbleiben und es würde kein Eingriff ins Grundwasser durch die Unterführung erfolgen.

Es verbliebe ein prognostiziertes höheres Verkehrsaufkommen, welches durch allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel ausgelöst wird. Dieses Verkehrsaufkommen ist weiterhin über den bestehenden Knotenpunkt abzuwickeln. Eine Optimierung des Knotenpunktes für einen verbesserten Verkehrsfluss für die motorisierten Fahrzeuge erfolgt nicht. Dies gilt auch für die geplanten Lärmschutzmaßnahmen für das Wohngebiet Finkenstraße / Toschlag.

Ein Neubau des Regenrückhaltebeckens ist unabhängig von diesem Bebauungsplan erforderlich, da das bestehende RRB technisch und gestalterisch nicht mehr dem Stand der Technik entspricht sowie bei Berücksichtigung des neuen Baugebiets Pirolstraße nicht ausreichend dimensioniert ist. Der Standort Amselweg bietet sich hierfür aus mehreren Gründen an.

Ohne die Darstellung einer Wohnbaufläche nördlich des Venndieks im Flächennutzungsplan müsste folglich der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 103 verkleinert werden. Die derzeitige Nutzung als landwirtschaftliche Fläche würde fortbestehen.



## 2.15 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Auswirkungen

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Nach aktuellem Stand sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Für das neue Wohngebiet Pirolstraße an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen. Im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße ist eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) vorgesehen.

Entsprechend dem Entwicklungsziel Nr. 1 des Landschaftsplans (Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppe und Einzelbäume) erfolgt die Planung möglichst unter Erhalt der vorhandenen Grünstrukturen. Zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen werden die einschlägigen Regelungen der DIN-Vorschrift 18920 beachtet.

Jedoch können nicht alle Bäume und Hecken erhalten werden. Insbesondere im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes mit der Unterführung im Bereich des derzeitigen RRB ist die Entnahme von Grünelementen unvermeidbar.

Bei der Planung des neuen Regenrückhaltebeckens am Amselweg, welches naturnah gestaltet werden soll, werden möglichst viele Grünstrukturen erhalten. Außerdem ist es gelungen, eine für die Nachbarschaft nutzbare Grünfläche (Größe ca. 400 m<sup>2</sup>) östlich des RRB zu erhalten. Im Bereich des geplanten Regenrückhaltebeckens werden die von der Planung nicht tangierten Einzelbäume zum Erhalt festgesetzt.

Der Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich aus der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, die für den nächsten Verfahrensschritt (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung) erarbeitet wird und dann Bestandteil des Umweltberichts sein wird. Die Ausführungsplanungen für den Knotenpunkt und das neue RRB werden derzeit konkretisiert. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung. Neben dem Verlust von Bäumen und Hecken ist die Zunahme der unvermeidbaren Flächenversiegelung zu bilanzieren.

Bei der Winterswyker Straße (K24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i. V. m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist dann auszugehen.

Folgende artenschutzrechtlichen Maßnahmen sollen Bestandteil der beiden Bebauungspläne werden:

#### Schnitt und Rodungszeiten

Um auszuschließen, dass es zu einer Tötung von Tieren kommt, müssen die erforderlichen Schnitt- und Rodungsarbeiten außerhalb der Brutzeiten von Vögeln erfolgen. Damit müssen diese Arbeiten außerhalb des Zeitraumes vom 01.03. bis 30.09. eines jeden Jahres durchgeführt werden.

#### Schutz von Vogel – oder Fledermausquartieren in Bäumen

Vor Baumfällungen oder starkem Beschnitt von Baumkronen ist im Vorfeld zu prüfen, ob ggf. vorhandene Baumhöhlen oder Horste beeinträchtigt werden, welche Fledermäusen oder Vögeln als Quartier dienen könnten. Dies verhindert die Tötung von Tieren bzw. eine Störung oder Zerstörung der Fortpflanzung und Ruhestätten der Arten.

#### Ausgleichsmaßnahmen für zwei Brutvorkommen des Stars

##### (nur Bebauungsplan Nr. 103)

Anzunehmen ist die Beeinträchtigung von zwei Brutvorkommen des Stars. Als Ausgleichsmaßnahme ist die Umwandlung von Acker in extensives Grünland auf einer Fläche von insgesamt 1 ha (0,5 ha pro Brutpaar) und die Anbringung von 4 Nisthilfen (2 Nisthilfen pro Paar) erforderlich.

#### Ausgleichsmaßnahmen für Quartiersverlust der Zwergfledermaus

Anzunehmen ist ein Quartiersverlust der Zwergfledermaus durch eine Lichtverschmutzung in das Feldgehölz und die dort befindlichen Höhlenbäume im Plangebiet „Pirolstraße“. Als Ausgleich sind 15 Quartiershilfen im räumlichen Zusammenhang in einem Umfeld von 3 km um den aktuellen Quartiersstandort anzubringen. Die Kästen sind in Gruppen von max. 5 Kästen anzubringen, so dass sich hier drei Standorte ergeben. Die Standorte sollten einen geeigneten Baumbestand aufweisen, z. B. alte Eichengruppen oder Eichenreihen. Als geeignet stellt sich u. a. der Baumbestand um den Standort des neuen Regenrückhaltebeckens (Bolzplatz) dar. Es sind wartungsfreie und langlebige Holzbetonkästen zu verwenden. Um die Besetzung mit Kolonien oder Wochenstuben zu ermöglichen, sollten mindestens fünf der Kästen für Gruppenquartiere geeignet sein (Verwendung von Großraumbäumen oder Koloniekästen, z. B. der Firma Schwegler oder Hasselfeldt).

Darüber hinaus werden aus gutachtlicher Sicht artenschutzrechtliche Empfehlungen ausgesprochen, die in den Bebauungsplan Nr. 119 als Hinweis aufgenommen werden. So wird, um eine Beeinträchtigung der Amphibienvorkommen in dem zu entfernenden Regenrückhaltebecken zu verhindern, empfohlen, die Baumaßnahmen an dem Gewässer außerhalb des Zeitraumes von Anfang März bis mind. Ende Juli durchzuführen. Folgender zusätzlicher Hinweis soll im Bebauungsplan Nr. 103 aufgenommen werden: „Zum Schutz lichtempfindlicher Fledermausarten sollte die Beleuchtung der Verkehrsflächen im geplanten Wohngebiet fledermausfreundlich gestaltet werden.“

Nach Umsetzung der Vermeidungs- Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf Bebauungsplanebene verbleiben voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen für die untersuchten Schutzgüter.

## 2.16 Alternative Planungsmöglichkeiten

Bereits im Nahmobilitätskonzept aus 2015 ist ein Radfahrtunnel am Knotenpunkt Winterswyker Straße angeregt worden. Im Zuge der Bewerbung mit Gaxelino am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ ist auch eine Unterföhrungsalternative am Knotenpunkt Ringstraße / Otto-Hahn-Straße geprüft worden. Letztendlich wurde eine Entscheidung für die Winterswyker Straße getroffen, da diese die Hauptverbindung zum IG Gaxel für den Radverkehr darstellt und zudem eine Bedeutung für den touristischen grenzüberschreitenden Radverkehr hat.

Im Vorfeld wurden ebenfalls verschiedene Standortalternativen für das neue Regenrückhaltebecken geprüft.



(Abbildung 17: Alternativstandorte RRB, Büro nts)

Die Standorte jenseits der Ringstraße scheiden aufgrund fehlender Flächenverfügbarkeit bzw. aus hydraulischen Gründen aus. Eine Verortung des RRB innerhalb des zukünftigen Baugebiets Pirolstraße würde bedeuten, dass weniger Bauland ausgewiesen werden könnte. Bei einem Flächenbedarf des RRB von ca. 2.000 m<sup>2</sup> ist dies insbesondere mit Blick auf die vorgesehene privatrechtliche Umlegung nicht wirtschaftlich darstellbar.

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche bei dieser Flächennutzungsplanänderung bezieht sich im Wesentlichen auf die Fläche nördlich des Venndieks. Dort soll zusätzlich eine Wohnbaufläche dargestellt werden.

Die Untersuchung des Pestel Instituts von Mai 2019 im Auftrag der „Wohnraumoffensive Münsterland“, ein Zusammenschluss von Wohn-Bau Unternehmensgruppe, Sparkassen der Region, der Stadt Münster und der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf, zeigt auf, dass es in der Stadt Vreden im Bestand zu wenig Wohnungen gibt (Defizit von ca. 150 Wohnungen).

Speziell im Bereich „Familienfreundliche Wohnformen“ ist eine nach wie vor rege Nachfrage nach Grundstücken zu verzeichnen. Dieses hängt sicherlich insbesondere

mit der überdurchschnittlich großen Anzahl von jungen Familien zusammen. Hinzu kommt die Nachfrage nach Bauland auch von Bevölkerungsgruppen, die durch die gute Wirtschaftsstruktur als Arbeitnehmer nach Vreden zuziehen. Das Interesse an baureifem Land in dem Bereich der Stadt ist groß.

Das Ziel der Verringerung des zukünftigen Flächenverbrauchs wird durch zahlreiche Einzelprojekte der Stadt Vreden verfolgt. Hier ist beispielsweise die realisierte Nachverdichtung im Bereich der Oldenkotter Straße (Hinterlandbebauung) sowie verschiedene (vorhabenbezogene) Bebauungspläne für Mehrfamilienhäuser oder die Entwicklung des Areals der ehemaligen Marienkirche genannt. Wie schwierig eine Nachverdichtung im Bestand realisierbar ist, haben in der Vergangenheit die gescheiterten Bemühungen im Bereich Kleinemast (Hinterlandbebauung Hermann-Löns-Weg / Eichendorffstraße) oder bei der innerstädtischen Brache „Bierbaum-Gelände“ gezeigt.

Bei dem Baugebiet Pirolstraße handelt es sich zwar um eine Außenbereichsfläche, die aber gleichwohl innerhalb der Ringstraße zwischen vorhandenen Siedlungsbereichen liegt. Die Planung dient als Abrundung der Siedlungsflächen am Stadtrand. Im Laufe der Grundstücksverhandlungen wurde auf Wunsch der Eigentümer eine zusätzliche Bauzeile nördlich des Venndieks mit in die Planungsüberlegungen einbezogen. Städtebaulich ist es sinnvoll, den Venndiek beidseitig zu bebauen und die vorhandene Infrastruktur effektiv zu nutzen. Außerdem ist vorliegend aktuelle eine Flächenverfügbarkeit vorhanden, die bei anderen Bauflächen, die im Flächennutzungsplan zur Verfügung stehen, zurzeit nicht gegeben ist.

### **3.0 Zusätzliche Angaben**

#### **3.1 Beschreibung der verwendeten Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

Für die Umweltprüfung wurden keine technischen Verfahren angewendet. Als Grundlage für die verbal argumentative Darstellung und der Bewertung der einzelnen Schutzgüter sowie als Datenquelle dienten neben den durchgeführten Ortsbegehungen im Wesentlichen der Flächennutzungsplan, aktuelle Luftbilder sowie die einschlägigen Infosysteme und Datenbanken des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW und geoportal.nrw. Außerdem wurde die artenschutzrechtliche Prüfung ausgewertet.

Konkrete Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Zusammenstellung der Angaben haben sich nicht ergeben. Gleichwohl beruhen verschiedene Angaben auf allgemeinen Annahmen oder großräumigen Daten (z.B. Klimaangaben) und beinhalten eine gewisse Streubreite. Zur Ermittlung und Beurteilung der erheblichen Umweltauswirkungen der Planung in der vorliegenden Form bilden die zusammengestellten Angaben jedoch eine hinreichende Grundlage.

#### **3.2. Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt**

Gemäß § 4c BauGB sind im Rahmen des „Monitorings“ die vorhergesehenen erheblichen nachteiligen Auswirkungen der Planung zu überwachen bzw. im Rahmen der Überwachung auch die entsprechenden unvorhergesehenen Auswirkungen zu ermitteln, um so in der Lage zu sein, ggf. geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Die Änderung des Flächennutzungsplans stellt die notwendige planungsrechtliche Vorbereitung für die Aufstellung der beiden vorgenannten Bebauungspläne dar. Allein aus der Flächennutzungsplanänderung resultieren noch keine verbindlichen Regelungen mit umweltrelevanten Auswirkungen. Diese ergeben sich erst aus den rechtsverbindlichen Festsetzungen der einzelnen Bebauungspläne. Maßnahmen zur Überwachung von planbedingten erheblichen Auswirkungen sind daher auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festzulegen.

### 3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Für die Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“ und Nr. 103 „Pirolstraße“ ist diese Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Vreden erforderlich.

#### Bebauungsplan Nr. 119 „Knotenpunkt Winterswyker Straße / Ringstraße“

Die Stadt Vreden hat sich mit dem Projekt Gaxelino (innovative Nahmobilitätsinitiative für das Industriegebiet Gaxel) erfolgreich beim Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ beworben. Durch Gaxelino soll die Radverkehrsanbindung des Industriegebiets Gaxel mit Blick auf die Wohnsiedlungsbereiche verbessert werden.

#### Bebauungsplan Nr. 103 „Pirolstraße“

Im städtebaulich räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 119 steht die Planung für das Neubaugebiet „Pirolstraße“. Das neue Regenrückhaltebecken am Amselweg dient auch diesem Projekt.

Ziel der Flächennutzungsplanänderung ist im Wesentlichen die Darstellung von Verkehrsflächen (Ringstraße, Winterswyker Straße), einer Fläche für die Regenwasserentsorgung am Amselweg und von Wohnbauflächen nördlich des Venndieks, sowie Maßnahmen zum Immissionsschutz entlang der Ringstraße und Winterswyker Straße.

Im Rahmen der Umweltprüfung werden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen für die Schutzgüter Schutzgut Mensch, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter ermittelt, beschrieben und bewertet.

#### Baubedingte Wirkungen

Wesentliche baubedingte temporäre Wirkfaktoren ergeben sich aus den Baumaßnahmen für die Errichtung der Wohnhäuser und Infrastrukturanlagen. Das Ausmaß hängt von den eingesetzten Baumitteln, Bauverfahren sowie vom Zeitraum der Bautätigkeit ab. Temporär ist für die angrenzenden Wohngebiete mit baubedingt erhöhten Lärm-, Staub- und Schadstoffemissionen zu rechnen. Die baubedingten Wirkungen lassen sich durch einen umweltschonenden Baustellenbetrieb unter Beachtung der gängigen Umweltschutzauflagen minimieren.

#### Anlagebedingte Wirkungen

Anlagebedingte Wirkungen ergeben sich im Wesentlichen durch die o. g. Wohnbau- und Infrastrukturanlagen in Form der Neuversiegelung.

#### Betriebsbedingte Wirkungen

Als wesentliche betriebsbedingte Wirkungen sind Lärm-, Licht- und Schadstoffemissionen durch Verkehr auf der Ringstraße und der Winterswyker Straße zu erwarten. Ursächlich hierfür ist jedoch nicht der Inhalt dieses Bebauungsplans,



sondern allgemeine Verkehrszunahmen und das Wachsen des Industriegebiets Gaxel. Hinzu kommen die Auswirkungen durch das neue Wohngebiet verursachte Verkehre.

Die Änderung des Flächennutzungsplans stellt die notwendige planungsrechtliche Vorbereitung für die Aufstellung der beiden vorgenannten Bebauungspläne dar. Allein aus der Flächennutzungsplanänderung resultieren noch keine verbindlichen Regelungen mit umweltrelevanten Auswirkungen. Diese ergeben sich erst aus den rechtsverbindlichen Festsetzungen der einzelnen Bebauungspläne. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sind ebenfalls noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Nach aktuellem Stand sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Für das neue Wohngebiet Pirolstraße an der Ringstraße ist aktiver Schallschutz in Form einer Lärmschutzwand vorgesehen. Im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes Winterswyker Straße / Ringstraße ist eine durchgängig geschlossene Lärmschutzwand entlang der Grundstücke Finkenstraße 21, 23, 25, 27 und der Wendeanlage Finkenstraße (Flurstück 166, Flur 119) sowie des Grundstücks Toschlag 2 und der Wendeanlage Toschlag (Flurstück 82, Flur 119) vorgesehen.

Entsprechend dem Entwicklungsziel Nr. 1 des Landschaftsplans (Erhaltung der Feldgehölze, Wallhecken, Hecken, Baumgruppe und Einzelbäume) erfolgt die Planung möglichst unter Erhalt der vorhandenen Grünstrukturen. Zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen werden die einschlägigen Regelungen der DIN-Vorschrift 18920 beachtet.

Jedoch können nicht alle Bäume und Hecken erhalten werden. Insbesondere im Rahmen der Umgestaltung des Knotenpunktes mit der Unterführung im Bereich des derzeitigen RRB ist die Entnahme von Grünelementen unvermeidbar.

Bei der Planung des neuen Regenrückhaltebeckens am Amselweg, welches naturnah gestaltet werden soll, werden möglichst viele Grünstrukturen erhalten. Außerdem ist es gelungen, eine für die Nachbarschaft nutzbare Grünfläche (Größe ca. 400 m<sup>2</sup>) östlich des RRB zu erhalten. Im Bereich des geplanten Regenrückhaltebeckens werden die von der Planung nicht tangierten Einzelbäume zum Erhalt festgesetzt.

Der Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ergibt sich aus der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, die für den nächsten Verfahrensschritt (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung) erarbeitet wird und dann Bestandteil des Umweltberichts sein wird. Die Ausführungsplanungen für den Knotenpunkt und das neue RRB werden derzeit konkretisiert. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung. Neben dem Verlust von Bäumen und Hecken ist die Zunahme der unvermeidbaren Flächenversiegelung zu bilanzieren.

Bei der Winterswyker Straße (K24) handelt es sich um eine nach § 41 Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW) geschützte Allee. Eine Beseitigung und/oder Beeinträchtigung von Bäumen in der Allee im Zuge nachfolgender Bauvorhaben bedarf einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i. V. m. 75 LNatSchG NRW. Von einem weiteren Kompensationsbedarf ist dann auszugehen.

Folgende artenschutzrechtlichen Maßnahmen sollen Bestandteil der beiden Bebauungspläne werden:

#### Schnitt und Rodungszeiten

Um auszuschließen, dass es zu einer Tötung von Tieren kommt, müssen die erforderlichen Schnitt- und Rodungsarbeiten außerhalb der Brutzeiten von Vögeln erfolgen. Damit müssen diese Arbeiten außerhalb des Zeitraumes vom 01.03. bis 30.09. eines jeden Jahres durchgeführt werden.

#### Schutz von Vogel – oder Fledermausquartieren in Bäumen

Vor Baumfällungen oder starkem Beschnitt von Baumkronen ist im Vorfeld zu prüfen, ob ggf. vorhandene Baumhöhlen oder Horste beeinträchtigt werden, welche Fledermäusen oder Vögeln als Quartier dienen könnten. Dies verhindert die Tötung von Tieren bzw. eine Störung oder Zerstörung der Fortpflanzung und Ruhestätten der Arten.

#### Ausgleichsmaßnahmen für zwei Brutvorkommen des Stars (nur Bebauungsplan Nr. 103)

Anzunehmen ist die Beeinträchtigung von zwei Brutvorkommen des Stars. Als Ausgleichsmaßnahme ist die Umwandlung von Acker in extensives Grünland auf einer Fläche von insgesamt 1 ha (0,5 ha pro Brutpaar) und die Anbringung von 4 Nisthilfen (2 Nisthilfen pro Paar) erforderlich.

#### Ausgleichsmaßnahmen für Quartiersverlust der Zwergfledermaus

Anzunehmen ist ein Quartiersverlust der Zwergfledermaus durch eine Lichtverschmutzung in das Feldgehölz und die dort befindlichen Höhlenbäume im Plangebiet „Pirolstraße“. Als Ausgleich sind 15 Quartiershilfen im räumlichen Zusammenhang in einem Umfeld von 3 km um den aktuellen Quartiersstandort anzubringen. Die Kästen sind in Gruppen von max. 5 Kästen anzubringen, so dass sich hier drei Standorte ergeben. Die Standorte sollten einen geeigneten Baumbestand aufweisen, z. B. alte Eichengruppen oder Eichenreihen. Als geeignet stellt sich u. a. der Baumbestand um den Standort des neuen Regenrückhaltebeckens (Bolzplatz) dar. Es sind wartungsfreie und langlebige Holzbetonkästen zu verwenden. Um die Besetzung mit Kolonien oder Wochenstuben zu ermöglichen, sollten mindestens fünf der Kästen für Gruppenquartiere geeignet sein (Verwendung von Großraumbäumen oder Koloniekästen, z. B. der Firma Schwegler oder Hasselfeldt).

Darüber hinaus werden aus gutachtlicher Sicht artenschutzrechtliche Empfehlungen ausgesprochen, die in den Bebauungsplan Nr. 119 als Hinweis aufgenommen werden. So wird, um eine Beeinträchtigung der Amphibienvorkommen in dem zu entfernenden Regenrückhaltebecken zu verhindern, empfohlen, die Baumaßnahmen an dem Gewässer außerhalb des Zeitraumes von Anfang März bis mind. Ende Juli durchzuführen. Folgender zusätzlicher Hinweis soll im Bebauungsplan Nr. 103 aufgenommen werden: „Zum Schutz lichtempfindlicher Fledermausarten sollte die Beleuchtung der Verkehrsflächen im geplanten Wohngebiet fledermausfreundlich gestaltet werden.“

Im Ergebnis macht der Umweltbericht deutlich, dass im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung zwar die Grundlagen für die konkreten Bebauungspläne, aber keine realen baulichen Veränderungen vor Ort geschaffen werden. Nach Umsetzung der Vermeidungs- Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen auf Bebauungsplanebene verbleiben voraussichtlich keine erheblichen Auswirkungen für die untersuchten Schutzgüter. Hinsichtlich des Schallschutzes erfolgt sogar eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation.

### 3.4 Quellen

#### **Gesetze, Verordnungen, Richtlinien usw. in der jeweils gültigen Fassung**

Baugesetzbuch  
Baunutzungsverordnung  
Bundesimmissionsschutzgesetz inkl. Verordnungen  
TA Lärm  
DIN 18005 Schallschutz im Städtebau  
Abstandserlass NRW 2007  
Bundesnaturschutzgesetz  
Landschaftsgesetz NRW  
Vogelschutzrichtlinie  
Bundesbodenschutzgesetz  
Wasserhaushaltsgesetz  
Landeswassergesetz  
TA Luft  
Denkmalschutzgesetz

#### **Allgemeines / Materialien zum Plangebiet**

Ortsbegehung  
Infosysteme und Datenbanken LANUV NRW wie Klimaatlas NRW etc.  
Sachdaten aus dem Geoportal.nrw  
Flächennutzungsplan der Stadt Vreden  
Regionalplan Münsterland  
Artenschutzrechtliche Prüfung, Büro wwK  
Schalltechnische Untersuchungen, Wenker & Gesing  
Geruchsgutachten, Richters & Hüls  
Verkehrsplanungen Gaxelino, Büro nts  
Entwässerungsplanung, Büro nts

#### **Karten**

Deutsche Grundkarte	Flurkarte	Stadtplan
Luftbild 2006	Luftbild 2010	Luftbild 2018

Ergänzungen in roter Schrift erfolgten nach der öffentlichen Auslegung  
gem. § 3 (2) BauGB